

365

Lab. Biology in Indiana
min. study

✓

Centered

3

2

7

Centered

2

II L - A.Z. 5358/38

1

1.) Uemerk:

a.) Ruchgrade ± 2 erledigt.

b.) Weills sind zu verwenden. Inm Kreis-
Vertraude der Arbeiter. Verum. bei
Folterung d. Weini. Pats- Arbeit
stellen.

c.) 2. d. A. ein Paar bei ± 225

± 225
A 4/1.

I 323-H

Rch/---

11 d 1938. 5358/38

Den 30. Nov. 1938.

An

II

Betr.: Österreichische Ministerrats-Protokolle.Vorg.: Befehl von W-Standartenführer Dr. S i x durch telefonischen Anruf von W-Obersturmführer R i c h t e r vom 7. Juli 1938.

Befehlsgemäß wird ein Bericht über den Inhalt aller erfaßten Protokolle der österreichischen Ministerrats-Sitzungen überreicht.

Gleichzeitig wird an die Registratur II 1 gegeben:

1. ein Fotokopie-Exemplar der Ministerrats-Protokolle.
(Das zweite Exemplar wurde laut Quittung vom 20.6.38 auf Befehl von W-Standartenführer Dr. Six an W-Untersturmführer Krueger gegeben);
2. die Arbeitskartei des Unterzeichneten, die als Register für die Sammlung der Ministerrats-Protokolle dienen kann;
3. alle Vorgänge betr. die Ministerrats-Protokolle und die Akten des Bundeskanzleramtes.

Über den Quellenwert der Ministerrats-Protokolle ist folgendes zu sagen:

Die Reinschriften der Protokolle, die in Fotokopie-Abzügen vorliegen, sind in den letzten Jahren durch Ministerialrat Dr. T r o l l angefertigt worden. Sie stellen Ausarbeitungen der stenographischen Niederschriften dar und sind nicht in direkter, sondern in indirekter Rede abgefasst. - Bei dieser Methode ist es ohne weiteres möglich, daß der Inhalt eines

An S.
- 2. Dez. 1938

3

Satzes - ohne irgendwelche Absicht - abgeschwächt oder verschärft worden ist. Jedenfalls können die Reinschriften der Protokolle, wenn es auf die wörtliche Genauigkeit ankommt, nicht als authentisch angesehen werden. Daß sie sinngemäß die einzelnen Sätze einer Rede genau wiedergeben, dafür bürgt allein Ministerialrat Dr. Troll; denn die Reinschriften sind den Ministern nicht zur Kontrolle vorgelegt worden und nicht durch deren Unterschriften als richtig anerkannt. In einem Falle wurde, um eine Äußerung Schuschniggs wortgetreu zu ermitteln, die betreffende Stelle des Stenogramms fotokopiert (Ministerrats-Sitzung vom 25. Mai 1937.).

Es muß noch darauf hingewiesen werden, daß außer den eigentlichen offiziellen Sitzungen des Ministerrates Besprechungen einzelner Minister oder des gesamten Kollegiums stattgefunden haben, über die nicht Protokoll geführt worden ist. Gelegentlich dieser Besprechungen sind - nach Aussage von Ministerialrat Dr. Troll - einzelne Punkte der bevorstehenden Sitzung genau durchgesprochen ^{Centered} worden, sodaß die eigentliche Sitzung eine rein formale Angelegenheit wurde.

Zwei solcher Besprechungen sind - ebenfalls nach Dr. Troll - am Abend des 25. Juli 1934 abgehalten worden. Sicher ist bei diesen Gelegenheiten über die Ereignisse des Tages und die geplanten Maßnahmen ausführlicher gesprochen worden als in der Sitzung vom 26. Juli, über die ein Protokoll vorliegt.

Ritter

4-Oberscharführer.

Bericht über den Inhalt aller
erfassten österreichischen
Ministerrats - Protokolle.

Centered

Am II 225

11 22

24. 1911

B.

Nr. 678 - 13. März 1931. - Vorsitz: BK Dr. Ender.

Vizekanzler S c h o b e r berichtet, daß alle Fragen behandelt worden seien, die Deutschland und Österreich gemeinsam interessierten:

Bericht über die Besprechung mit Reichs-Außenminister Dr. Curtius.

Abrüstung

Revision der Friedensverträge

Südtirol

deutsche Minderheiten

Verhältnis zu Italien u. a.

Abrüstung: Curtius habe versichert, Deutschland strebe eine wirkliche Abrüstung an; Österreichs Standpunkt sei derselbe. Abrüstung

Benesch: Um die Kandidatur Benesch's zum Präsidenten der Abrüstungskonferenz brauche man sich nicht zu kümmern; Italien würde schon dafür sorgen, daß er zu Fall gebracht würde. Benesch

Minderheiten: Italien habe im Friedenvertrage keinerlei Verpflichtungen zum Schutze der Minderheiten übernommen. Ein Vorwurf wird Italien gemacht, da es für Auslands-Italiener in allen Ländern Schutz fordere und deswegen sogar eine Revision der Friedensverträge anstrebe. Minderheiten
Italien

Revision der Friedensverträge: Deutschland will gemeinsam mit Österreich stets für eine Abänderung der härtesten Bestimmungen der Verträge eintreten; eine führende Stellung könne Österreich aber nicht einnehmen. Revision der Friedensverträge.

Südtirol: Die Bevölkerung Südtirols sei erbittert, daß einerseits die italienische Regierung ihnen das Leben sehr schwer mache, daß auf der anderen Seite Österreich demgegenüber ruhig bleibe. Eine Unterstützung durch Deutschland im Volkstumskampf der Südtiroler konnte aber nicht versprochen werden. Österreich sei mit Deutschland einig, daß man die freundschaftlichen Beziehungen zu Italien erhalten müsse. Südtirol

Wirtschaftspolitisches: Über die geplante Zollunion mit Deutschland müssen noch Verhandlungen geführt werden. Mit dem scharfen Tempo, das Deutschland in dieser Beziehung einschlage, sei Österreich nicht einverstanden. Zollunion

6

Die Meinung Schobers hinsichtlich der langsamen Behandlung der Zollunionsfrage teilt nach kurzer Debatte das gesamte Kabinett.

VK S c h o b e r teilt mit, daß die österreichische Regierung besabsichtige, mit dem Vatikan über ein Konkordat zu verhandeln. P a c e l l i habe vom Papst bereits die Erlaubnis zur Führung der Verhandlungen.

Einleitung der Konkordatsverhandlungen mit dem Vatikan.

Die Ausgabe von Sonderpostwertzeichen anlässlich der Rotary-Convention 1931 in Wien wird vom Ministerrat gutgeheißen. Der Rotary-Klub hätte den Betrag von 250000 S im voraus zu zahlen. Von dem Überschauß von 125000 S sei dann dem Wiener Rotarier-Klub die erbetene Unterstützung von 40000 S zu zahlen.

Kongreß der Internationalen Rotarierorganisation; Ausgabe von Sonderpostmarken

Das provisorische Abkommen zwischen Persien und Österreich vom 17. Juni 1928 wird bis zum 10. August 1931 verlängert. Beim Bundespräsidenten ist die Vollmacht zur Unterzeichnung des Notenwechsels für den Gesandten Dr. Lothar E g g e r einzuholen.

Verlängerung der Giltigkeitsdauer des Abkommens mit Persien.

Nr. 687 - 29. April 1931. - Vorsitz: BK Dr. Ender.

Zur Maifeier der nationalsozialistischen Partei in Wien hatten sich u.a. Dr. G o e b b e l s und E s s e r angemeldet. Ihnen ist die Einreiseerlaubnis nicht erteilt worden. BM W i n k l e r berichtet, daß Dr. Goebels sich in Wien niederlassen wolle, um der Verfolgung durch deutsche Gerichte zu entgehen. BM H e i n l spricht sich dafür aus, keinem nat.-soz. Führer die Einreise zu gestatten. Das Kabinett stimmt zu.

Maifeier der Nat.-Soz. - Einreiseverbot für Führer.

Winkler

Heinl

P

Nr. 688 - 6. Mai 1931. - Vorsitz: BK Dr. Ender.

Aus dem Bericht S c h o b e r s geht hervor, daß der Vatikan schon vor Eintritt in die Verhandlungen allerhand Zusicherungen wünscht. So soll sich der österreichische Staat besonders die Eheauffassung der katholischen Kirche zu eigen machen. Eine Ehe dürfe also auf keinen Fall getrennt werden. Der Bearbeiter der österreichischen Vorschläge, der Kirchenrechtslehrer und Universitätsprofessor Dr. H u s s a r e k stehe aber auf dem Standpunkt, dass auch eine katholische Ehe vor Zivilgerichten getrennt werden könne. - Nach kurzer Aussprache stimmt das Kabinett dem Antrag Schobers zu, dem österreichischen Gesandten am Vatikan die Note zur Weiterleitung zu übergeben.

Verhandlungen mit dem Vatikan wegen des Abschlusses eines Konkordates.

Es werden nur technische Dinge besprochen: Personalfragen usw.

Centered

Tagung des Völkerbundesrates, des Kontrollkomitees u. der Paneuropakonferenz in Genf.

Nr. 721 - 9. September 1931. - Vorsitz: BK Dr. Buresch.

Einleitend berichtet Schober, daß Frankreich ^{Mitteln} mit allen versuche, die Zollunion Österreichs mit Deutschland unmöglich zu machen. Solange davon noch die Rede sei, könne man von Frankreich keine Hilfe erwarten. Auch das Finanzkomitee des Völkerbundes sei mit der Gewährung einer Anleihe an Österreich zur Ausgleichung des Budgets für 1932 durchaus nicht freigebig. Es würden vor allem Einsparungen an Gehältern verlangt. Neue Warensteuern seien nicht tragbar. Eine schnelle Entscheidung des Kabinetts sei nötig; um die Anleiheverhandlungen nicht bis zum Januar zu vertagen, muß bereits am 10. Bescheid in Genf sein, ob man die Wünsche des Finanzkomitees erfüllen will. - Nach langer Debatte, in der genauere Zahlen genannt werden, wird beschlossen, in Genf

Bericht des VK über die Völkerbundstagung.

erklären zu lassen, daß die österreichische Regierung bereit ist, die vom Finanzkomitee des Völkerbundes geforderten Maßnahmen zur Ausgleichung des Budgets für 1932 durchzuführen, um die Anleihe zu erhalten. Ohne diese Anleihe könne der österreichische ^{Staat} keineswegs weiter bestehen.

Nr. 745 - 11. Nov. 1931. - Vorsitz: BK Dr. Buresch.

Frankreich hat den erbetenen Kredit in Höhe von ~~500~~⁶⁰ Millionen Schilling, der über die B.I.Z. gezahlt werden sollte, nicht gezahlt. In der Presse sind der Regierung daraufhin Vorwürfe gemacht worden. - Um weiteren Angriffen aus dieser Richtung vorzubeugen, wird vorgeschlagen, in großzügiger Weise auf den Kredit zu verzichten; der Staat benötige die Summe gar nicht, besonders da es sich ja nur um eine kurzfristige Anleihe handeln würde. - In der Debatte wird man sich nicht einig. VK Schober erhält den Auftrag, weiter mit Frankreich und der B.I.Z. zu verhandeln.

60-Millionen-Schilling-Kredit der B.I.Z.

Nr. 749 - 27. Nov. 1931. - Vorsitz: BK Dr. Buresch.

BM V a u g o i n regt an, beim deutschen Innenminister anzufragen, ob das Darmstädter Manifest der NSDAP echt sei. Wenn das der Fall sei, müsse die Mitgliedschaft von Angehörigen des Bundesheeres für unzulässig erklärt werden. - Die Anfrage soll erfolgen.

Darmstädter Manifest der NSDAP.

Vaugoin

Nr. 770 - 6. Februar 1932. - Vorsitz: BK Dr. Buresch.

Als Nachfolger des zurückgetretenen Dr. Reisch soll Dr. K i e n b ö c k vorgeschlagen werden. Das Kabinett erklärt sich nach langer Debatte damit einverstanden. -

Kienböck Direktor der Nationalbank

In der Aussprache werden wieder die Finanzschwierigkeiten des Bundes lange besprochen und neue Verhandlungen mit Frankreich wegen eines weiteren 100-Mill.-Schilling-Kredits erwähnt. Ohne diese Anleihe, so sagt Dr. Buresch, breche die Industrie und die Arbeitslosenfürsorge unweigerlich zusammen. - Über diese Anleihe wird jedoch zunächst noch nichts Endgültiges beschlossen. Aus allen diesen Ministerbesprechungen geht deutlich hervor, daß man sich 1932 tatsächlich keinen anderen Rat zur Erhaltung des Bundes wußte, als immer eine Anleihe durch die Aufnahme einer weiteren, meist höheren, zurückzuzahlen.

Nr. 799 - 1. Juni 1932. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Nach Feststellungen des Finanzministers belaufe sich das Defizit im Voranschlag für 1932 auf 254 Mill. Schilling. Alle angesetzten Einnahmeheträge seien zu hoch gewesen; die Einnahmen durch Post, Bahn, Steuern usw. seien ständig zurückgegangen. Die vom Finanzminister vorgeschlagene Einführung neuer Steuern (Weinsteuer, Beschäftigtensteuer u. a.) wird vom Ministerrat nicht gutgeheißen. Trotz langer Aussprache kommt man zu keinem Beschluß.

Nachtrag zum Bundesfinanzgesetz 1932.

Im Herbst soll Adolf Hitler nach Österreich einreisen wollen. Ein Antrag auf die Erteilung der Einreiseerlaubnis liegt noch nicht vor. D o l l f u ß erklärt, daß das Einreiseverbot noch zu Recht bestehe, daß weitere Beschlüsse erst erlassen werden könnten, wenn der Antrag vorliege.

Frage der Einreise Adolf Hitlers nach Österreich.

Nr. 801 - 7. Juni 1932. - Vorsitz: Dr. Dollfuß.

Es handelt sich um die Frage, unter welchen Umständen die Bank von England einen 100-Mill.-Schilling-Kredit, der bereits einmal verlängert wurde, noch einmal verlängert. - In der Aussprache wird die frühere Regierung getadelt, die es sich habe gefallen lassen, daß der Kredit als Goldschuld bezeichnet wurde, obwohl England inzwischen vom Prinzip der Golddeckung abgegangen sei und das englische Pfund erheblich an Wert verloren habe. - Ein Beschluß kommt nicht zustande. - Der Finanzminister weist im Laufe der Debatte darauf hin, daß man sich endlich einmal bewußt werden müsse, daß die Rückzahlung der Anleihen versprochen sei. Und ein Versprechen müsse man bekanntlich halten.

Kredit der
Bank von
England.

Um die Auslandsschulden der zusammengebrochenen Österreichischen Credit-Anstalt zu decken, müsse der Bund Wege finden, die den Bundeshaushalt möglichst wenig berühren. BK Dollfuß und VK Winkler berichten dem Ministerrat über einige Möglichkeiten. Der Ministerrat "nimmt diese Mitteilungen zur Kenntnis."

Credit-Anstalt

Nr. 809 - 23. Juni 1932. - Vorsitz: VK Dr. Winkler.

VK Winkler teilt dem Ministerrat mit, daß er von BK Dr. Dollfuß aus der Schweiz Bericht erhalten habe, daß die Anleiheverhandlungen zwar noch zu keinem Ergebnis geführt hätten, daß es aber durchaus noch möglich sei, daß sowohl Frankreich als auch England dem Bund neue Gelder zur Verfügung stellten. "Der Ministerrat nimmt den Bericht zur Kenntnis."

Anleihever-
handlungen mit
Frankreich u.
England.

Infolge der überaus schlechten Finanzlage des Bundes sollen auf Vorschlag des Finanzministers Weidenhoffer die Gehälter der Bundes- und Bundesbahnangestellten ab Juli 1932 in zwei Raten (zu 60 und 40%) gezahlt werden. Der Ministerrat stimmt zu.

Ratenweise Ge-
haltszahlung
an Bundes- und
Bundesbahn-
angestellte.

72

In Donawitz (Steiermark) ist es zu Ausschreitungen sozialdemokratischer Elemente gekommen, die von der ebenfalls sozialdemokratischen Polizei nicht gebührend gestraft worden sind. Landeshauptmann Rintelen schlägt Entfernung der fraglichen Beamten vor. Es wird aber von einigen Ministern, u. a. auch von **S c h u s c h n i g g**, darauf hingewiesen, daß man die Soz.-Dem. nicht vor den Kopf stoßen dürfe, da die Regierung bei der Behandlung neuer Gesetzesvorlagen vor dem Parlament ihre Unterstützung brauche.

Suspendierung sozialdemokratischer Beamten in Donawitz.

Nr. 813 - 4. Juli 1932. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Dr. Dollfuß berichtet über seine Verhandlungen in Lausanne. Italien habe den Anleihebestrebungen Österreichs freundlich gegenüber gestanden (Außenminister Grandi). Auch Frankreich habe durch Centered Ministerpräsident Herriot sein Einverständnis erklärt. Die "freundlichste Haltung" haben Deutschlands Vertreter, Reichskanzler von Papen, Außenminister von Neurath, Finanzminister Schwerin und Landwirtschaftsminister von Braun eingenommen. England habe nach anfänglichen Schwierigkeiten formeller Art ebenfalls zugestimmt (Finanzminister Chamberlain). Belgien und die Kleine Entente haben sich schließlich in ihrer Haltung Frankreich angeschlossen.

Anleihe- und Clearingverhandlungen in Lausanne.

Stellung einzelner Staaten

Die Anleihe wird etwa 275 Mill. Schilling betragen, sich auf 20 Jahre erstrecken und sich folgendermaßen auf die einzelnen Länder verteilen:

England	100	Mill. Schilling
Frankreich	100	" "
Italien	30-35	" "
Schweiz (event.)	20	" "
Deutschland	7	" "
Belgien	5	" "
Holland	3	" "
Tschechoslowakei	5	" "

Dann teilt Dollfuß noch Einzelheiten des Anleiheprotokolls mit: Währungsfragen, Berichte über den Fortgang

der Wirtschaftssanierung u. a.). - Abschließend berichtet Dollfuß über Clearing-Verhandlungen mit Italien, der Schweiz und Deutschland, die alle günstig für Österreich verlaufen seien. -

Die Einnahmen aus dem Tabakmonopol und den Zöllen sollen vom Finanzminister zur Zahlung von Auslandsverpflichtungen und der Überschuß zur Zahlung der Gehälter benutzt werden. - Der Ministerrat erteilt seine Zustimmung.

Gelder aus
Tabakmonopol
und Zöllen
für Gehälter

Nr. 817 -- 19. Juli 1932. - Vorsitz: Dr. Dollfuß.

Dr. Dollfuß fordert einmütige Haltung des Ministerrats bezüglich der Anleihefrage. Die einzelnen Minister stimmen überein, daß die parlamentarischen Verhandlungen in diesem Sinne beeinflußt werden müssen. Schuschnigg besonders weist darauf hin, daß die Regierungsparteien in jedem Falle verantwortlich gemacht werden würden. Minister Dr. Resch kritisiert die Haltung Deutschlands; nach den Ausführungen Dollfuß' hätte man erwarten müssen daß Deutschland weit positiver für die Anleihe eintreten würde.

Anleihevertrag
1932.

Nr. 820 - 1. August 1932. - BK Dr. Dollfuß.

Die NSDAP in Österreich hat für Herbst 1932 eine Kundgebung auf der Praterwiese beantragt. Die Anfrage, ob dies genehmigt werden könne, wird zunächst zurückgestellt (auf Vorschlag Dollfuß') und die Stellung der NSDAP und ihrer Führer in Österreich selbst behandelt. Schuschnigg weist darauf hin, daß Theo Habicht sich in Linz unkorrekt verhalten habe. Er stimmt einem Antrag des Ministers Ach zu, Habicht im Wiederholungsfalle auszuweisen. Mit Ausnahme des Min. Rintelen ist sich das Kabinett nach Aussprache darüber einig. - Dollfuß kündigt baldige Stellungnahme der Regierung zur NSDAP überhaupt an.

Kundgebungen
der NSDAP in
Österreich.

Schuschnigg

Nr. 823 - 20. August 1932. - Vorsitz: Dr. Dollfuß.

Minister Ach teilt zunächst mit, daß zum Landespartei-
tag der NSDAP in Wien auch Adolf Hitler erscheinen
wolle. Es soll neben Veranstaltungen in Sälen vor al-
lem eine Parade auf den Praterwiesen und am Abend
ein Fackelzug stattfinden. Teilnehmerzahl: 300.000
nach Angaben der Partei, also etwa 150.000 Mann in
Wirklichkeit.-Nach Ansicht des Ministers sei ein Ver-
bot der Veranstaltung nicht ratsam, weil es für die
Nat.-Soz. bestimmt ein zugkräftiges Agitationsmittel
sein würde. Er schlägt deshalb vor, nur den Fackel-
zug zu verbieten. Die gesamte Veranstaltung nicht zu
erlauben, sei auch deshalb schwierig, weil für den
gleichen Tag ein sozialdemokratisches Sängerefest ge-
plant sei, das sicher genehmigt werden würde.

Einreise Adolf
Hitlers nach
Österreich.

Ach

D o l l f u ß äußert sich folgendermaßen: Beide Fra-
gen, sowohl die des Verbandsverbots wie die der
Einreiseerlaubnis für Hitler, müssen genau geprüft
werden. Die NSDAP stehe der Regierung nicht freund-
lich gegenüber; innerpolitisch würde trotzdem ein Ver-
bot des Parteitages unangenehme Folgen haben. Mit der
Einreiseverweigerung für Hitler brauche sich die Re-
gierung nicht zu befassen, wenn der Landeshauptmann
von Wien sie aussprechen würde.

Dollfuß

R i n t e l e n ist für Genehmigung der Veranstaltung
in vollem Umfange und auch für die Erteilung der Ein-
reiseerlaubnis Hitlers, besonders nachdem man aus-
ländischen Kommunisten die Einreise nicht verwehrt ha-
be. Gegen Hitler einzuschreiten hätte man nur Grund,
wenn er sich ⁱⁿ die innerösterreichischen Angelegenheiten
einmische.

Rintelen

S c h u s c h n i g g meint, die Bundesregierung habe
keinen Anlaß, den Nat.-Soz. bei ihrer Agitation Vor-
schub zu leisten, wobei noch zu berücksichtigen sei,
daß Hitler vielleicht sein österreichisches Herz ent-
decken würde. Die Versammlung unter freiem Himmel solle
verboten werden, weil sonst die Sicherheit von Wien
aufs Spiel gesetzt würde. Das Einreiseverbot für Hit-

Schuschnigg

ler könne jedoch nicht aufrecht erhalten werden, weil man diesem damit eine größere Bedeutung zumessen würde, als ihm zukomme. Außerdem sei zu bedenken, daß Hitler oder einer seiner Parteiführer in nächster Zeit vielleicht der Reichsregierung angehören wird. Hitler solle also für den Einzelfall die Einreise genehmigung erteilt werden; er dürfe aber nur im geschlossenen Raum sprechen.

Minister J a k o n c i g teilt die Auffassung Schusch- Jakoncig
niggs.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird die Frage des Einreiseverbots von der des Versammlungsverbots getrennt. Auf Vorschlag W i n k l e r s wird sogar das generelle Einreiseverbot aufgehoben. Die Frage einer Zulassung von Versammlungen im Rahmen des Parteitages der NSDAP soll der Bundeskanzler und Minister Ach entscheiden. Bei einem Verbot von Versammlungen wäre sicher auch eine Einreise Hitlers nicht zu gewärtigen.

Centered

Nr. 852 - 9. März 1933. - Vorsitz: Dr. Dollfuß.

Über zwei Stunden Aussprache über die Frage, ob über 70 sozialdemokratische Versammlungen an einem Tage in Wien als "Vereins"-Versammlungen oder als politische Veranstaltungen zu betrachten seien und also dem allgemeinen Versammlungsverbot verfallen müssten oder nicht. Endlich wird doch eine bedingte Einigkeit der Minister geschaffen und das Verbot der Versammlungen beschlossen.

Handhabung des
Versammlungs-
verbots.

Nr. 864 - 4. April 1933. - Vorsitz: Dr. Dollfuß.

Ministerialrat Dr. R i z z i berichtet zunächst über den Stand der Anleiheverhandlungen in den fraglichen Ländern. Dann werden Einzelheiten besprochen, die sich auf Tilgung, Deckung, Rückzahlung usw. beziehen.

Lausanner An-
leihe; Credit-
Anstalts-Abkommen

Nr. 874 - 12. Mai 1933. - Vorsitz: Dr. Dollfuß.

F e y berichtet eingangs: Aus Deutschland wollen zu einem angeblichen Juristentag der NSDAP Deutschlands und Österreichs in Wien erscheinen: Reichskommissar Dr. Frank, Landtagspräsident Kerrl und Staatsminister Kube. Es sei zu befürchten, daß es zu politischen Kundgebungen bzw. zu Zusammenstößen kommt. Ein Einreiseverbot sei aus ersichtlichen Gründen nicht ratsam. Man könne sich nur so helfen, daß man den "Herren" aus dem Deutschen Reiche jede politische Äußerung untersagt. In diesem Sinne fasst später Dollfuß die Ergebnisse einer Aussprache zusammen. - Später ändert sich die Situation dadurch, daß bekannt wird, daß nur Frank erscheinen werde, wenn Kerrl und Kube nicht Gelegenheit haben würden, auf dem Juristentag zu sprechen. Man einigt sich dann darauf, daß die Nat.-Soz. nur eine Türkenbefreiungsfeier oder eine Juristentagung veranstalten dürften. ^{Centered} W i n k l e r hält den Augenblick einer endgültigen Stellungnahme der Regierung zur NSDAP noch nicht für gekommen. F e y ermahnt, nicht zu nachgiebig zu sein. S c h u s c h n i g g ~~besteht~~ steht darauf, den Nat.-Soz. nur eine Veranstaltung zu bewilligen. Das wird dann auch vom Ministerrat gutgeheißen.

Besuch von Politikern aus dem Deutschen Reich in Wien.

D o l l f u ß schlägt vor, für eventuelle Unruhen an den Hochschulen die Professoren und Rektoren haftbar zu machen und sie eventuell mit Kürzung ihrer Bezüge zu bestrafen. S c h u s c h n i g g meint, auch mit Polizeigewalt vorzugehen und die Autonomie im Falle von Unruhen aufzuheben. - Nach kurzer Aussprache wird dem Unterrichtsministerium aufgegeben, die Frage zu untersuchen, dabei aber bedacht zu sein, von der Inanspruchnahme der Polizei möglichst Abstand zu nehmen, da schwierige Fälle entstehen könnten, z. B. Widerstand der Studenten, versehentliche Bestrafung von ausländischen Studenten u. a.

Aufrechterhaltung der Ruhe u. Ordnung an den Hochschulen.

Nr. 880 - 9. Juni 1933. - Vorsitz: Dr. Dollfuß.

Die Disziplinarkommission beim Bundeskanzleramt für die Jahre 1933, 1934 und 1935 wird aufgestellt. ~~Neustädter~~-Stürmer, der den Vorsitz führen sollte, wird für diesen Posten abgelehnt, weil er in seiner Eigenschaft als Bundesbeamter bereits außer Dienst gestellt ist. An seine Stelle als Vorsitzender tritt dann der Sektionschef Ignaz Ruber. Die Liste der Disziplinarkommission umfasst etwa 80 Namen.

Besondere Disziplinarkommission beim Bundeskanzleramt.

Minister Fey stellt den Antrag, ein freiwilliges österreichisches Schutzkorps aufzustellen. Für die zu erwartenden Aufstände der Nationalsozialisten sei die Zahl der Polizeimannschaften und der gesamten Staatsexekutive viel zu gering. Man müsse die "abenteuerlichen Pläne oppositioneller Gruppen" von vornherein zu verhindern suchen. Insbesondere lasse sich "ein Vorgehen der Regierung gegen die nationalsozialistische Partei" nicht mehr länger vermeiden.

Aufstellung eines freiwilligen österreichischen Schutzkorps.

Fey

Vizekanzler Winkler erklärt sich mit dem Vorschlag Feys nicht einverstanden. Der Landbund und die Frontkämpferverbände würden sich im Ernstfall nicht von einem Mann befehlen lassen, der aus einem anderen politischen Lager stamme. Und es sei doch zu erwarten, daß für das Schutzkorps in der Hauptsache Männer der Heimwehren in Frage kommen. Er meint, daß ein Ausbau der Gendarmerie das Gegenglied sei. Außerdem sei es nicht zweckmäßig, wenn zu den vorhandenen staatlichen Schutzorganisationen, dem Heer, der Polizei, der Gendarmerie und den militärischen Assistenzkörpern noch ein selbständiges Schutzkorps trete, der eigenen Kommandanten mit sehr weit reichenden Funktionen unterstehe.

Winkler

Minister Vaugoin kann der Aufstellung eines Schutzkorps nur zustimmen, wenn es nicht "eine zweite Armee" sein würde, sondern wie alle anderen Wehrorganisationen der Sicherheitsexekutive angegliedert würde. Im übrigen nehme zwar in Tirol und Salzburg die Zahl der Nat.-Soz. noch zu, in anderen Bundesländern sei dagegen ein Stillstand und in Wien sogar ein Rückgang zu bemerken.

Vaugoin

18

S c h u s c h n i g g stimmt den Vorschlägen Feys zu. Er geht sogar noch darüber hinaus und fordert, daß die gesamte körperliche Ertüchtigung der Jugend unter staatliche Kontrolle gestellt wird.

Schuschnigg

N e u s t ä d t e r - S t ü r m e r tritt für Annahme des Vorschlag Feys ein. Fey als Sicherheitsdirektor sei der einzige Mann, der die Notwendigkeit eines Schutzkorps zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung feststellen könne. Seine Auffassung müsse sich unbedingt die ganze Regierung zu eigen machen. Im übrigen müsse man nach wochenlangen Verhandlungen endlich in diesem Punkte einmal zu einem Beschluß kommen.

Neustädter-
Stürmer

Nach Debatte wird die Aufstellung eines staatlichen Hilfskorps^{beschlossen}. Minister Fey wird^{mit} den vorbereitenden Arbeiten betraut.

F e y beantragt die Auflösung der NSDAP und ihrer Organisationen und das Verbot der Betätigung.

Verbot der
NSDAP in
Österreich.

Minister S c h u m y erklärt, daß man auch die Sozialdemokratische Partei verbieten müsse, wenn man die nat.^{Centered}soz. Partei auflöse. Außerdem scheine ihm zumindest der Zeitpunkt nicht der richtige; denn wenn einerseits versucht werden solle, zum Deutschen Reich normale Beziehungen herzustellen und auf der anderen Seite die NSDAP aufgelöst würde, so sei das keine klare Linie.

Schumy

V a u g o i n dagegen ist für sofortige Auflösung der NSDAP. Eile tue Not. Man könne nicht dasselbe Verfahren anwenden wie gegen die Soz.-Dem., deren Betätigung man Stück für Stück unterbunden habe. Man müsse vielmehr gegen die NSDAP "in drastischer Weise" vorgehen.

Vaugoin

N e u s t ä d t e r - S t ü r m e r ist ebenfalls für sofortiges Verbot der NSDAP. Er geht sogar soweit daß er sagt, bevor die NSDAP in Österreich nicht verboten sei, könne es zu keiner Verständigung mit Deutschland kommen. Die Regierung müsse die Macht, die ihr zustehe, auch zielsicher anwenden.

Neustädter-
Stürmer

W i n k l e r bemerkt, daß die österreichische Regierung im Falle der Nat.-Soz. einen gemäßigten Standpunkt einnehmen müsse. "Im Interesse der Stützung des Regimes dürfe der Anschlußgedanke nicht als Hochverrat bezeichnet werden!" Die bisherige österreichische Politik, an der er selbst, Dollfuß und andere jetzige Minister ebenfalls führend beteiligt gewesen sei, habe auch stets eine Zusammenarbeit mit Deutschland propagiert. Die Österreicher seien ja ein "deutscher Stamm". Das Vorgehen Deutschlands sei zwar "brutal und unmenschlich", aber ein Verbot der NSDAP in Österreich würde den vollständigen Bruch mit Deutschland bedeuten. Nicht nur die österreichische Jugend, sondern auch das Ausland, besonders England und Italien, sei interessiert daran, die Spannung Österreich-Deutschland zu mildern. Man müsse alle Österreicher davon überzeugen können, daß die "Katastrophenpolitik" Hitlers in Deutschland ein Unglück sei und dadurch das Anwachsen der NSDAP in Österreich zu verhindern suchen. In dieser Richtung sei aber noch nichts getan worden. Die Propaganda der Regierung sei viel "zu eng und zu kurz". Er beantragt die Zurückstellung eines Beschlusses, bis auf der Weltwirtschaftskonferenz die politische Lage auch mit dem Ausland besprochen sei.

F e y betont nochmals die Notwendigkeit, die NSDAP aufzulösen. Die sozialdemokratische Partei zu verbieten wäre dagegen nur ein Willkürakt, die im Augenblick nichts gegen sie vorliege.

D o l l f u ß verspricht sich dagegen von der Auflösung der NSDAP keine Vorteile, vor allem keine außenpolitischen.

Ohne Beschlußfassung wird die Aussprache beendet.

S c h u s c h n i g g beantragt schärfere Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Pressefreiheit. Die Notwendigkeit entsprechender Verordnungen wird von allen Ministern bejaht. Einem Ausschuß (Schuschnigg, Vaugoin, Winkler, Fey) wird die Ausarbeitung übertragen.

Auf einen Antrag W i n k l e r s beschließt der Mini- Ministerkomitee
sterrat die Aufstellung eines Komitees für Aufklärung für Aufklärung
und Propaganda. Es setzt sich zusammen aus: Dollfuß, und Propaganda
Winkler, Schuschnigg, Fey und Ludwig.

Die Aussprache mit Mussolini habe sich in gleich freund-Bericht des
schaftlicher Weise vollzogen wie zu Ostern, obwohl in Bundeskanzlers
der Zwischenzeit Goebbels und Göring in Rom gewesen über die Ergeb-
seien. Eine Unterstützung der österreichischen Belange nisse seiner
gegenüber Deutschland sei nicht zur Sprache gekommen. Reise nach Rom.
Er selbst stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, "daß
aich Österreich und Deutschland ohne Intervention Drit-
ter verständigen müsse."

In Bezug auf die Südtiroler Frage habe Mussolini ange- Südtirol
deutet, "daß Italien in absehbarer Zeit bezüglich der
Zulassung des deutschen Privatunterrichtes in Südti-
rol Zugeständnisse machen und bei deren Verlautbarung
ausdrücklich betonen werde, daß dieses Entgegenkommen
an die Südtiroler Deutschen den freundschaftlichen Ein-
stellung gegenüber Österreich entspringe."

Das Konkordat sei "mit den von Österreich gewünschten Konkordat
Zusätzen"unterzeichnet worden.

In einer Beilage werden einzelne Punkte der staatsgefähr- Tätigkeit
denden Tätigkeit der NSDAP aufgestellt, "die sich ins der NSDAP
Unendliche vermehren ließen". Die Zusammenstellung soll
die Grundlage bilden für die Anträge Feys auf Verbot der
NSDAP und auf Errichtung eines freiwilligen österrei-
chischen Schutzkorps. (Wie aus dem Sitzungsprotokoll
hervorgeht, wurden diese Anträge jedoch nicht zum Be-
schluß erhoben.)

Nr. 881 - 13. Juni 1933. - Vorsitz: VK Dr. Winkler.

In Abwesenheit des Bundeskanzlers stellt Fey anhand Besondere Maß-
einer neuerlichen Liste der "Terrorakte" der Nat.-Soz. nahmen zur Auf-
wiederum den Antrag auf Verbot der NSDAP. Gegen einige rechterhaltung
der Ruhe und
Ordnung.

Führer der Partei habe er bereits Gewalt anwenden lassen; sie befinden sich in Polizeigewahrsam. Die Hochschulen sind geschlossen.

Fey

S c h u s c h n i g g berichtet Einzelheiten über die Unruhen an den Hochschulen. Die Professoren stünden in vielen Fällen den nat.-soz. Demonstrationen nicht nur tatenlos gegenüber, sondern förderten sie sogar. Die Exterritorialität der Hochschulen müsse aufgehoben werden.

Schuschnigg

D o l l f u ß hat aus London telefoniert, die NSDAP solle nach Möglichkeit nicht verboten, aber ihre Tätigkeit lahmgelegt werden.

Dollfuß

Vaugoin und Neustädter-Stürmer stimmen dem Verbotsantrag Feys zu.

Vaugoin,
Neustädter-
Stürmer

Die Aufstellung der Sicherheitsdirektoren in den Ländern müssen beschleunigt werden. Ihnen sollen auch die Hochschulen unterstellt werden.

Sicherheits-
direktoren

Für die Bundesangestellten und für Lehrer wird die Zugehörigkeit zur NSDAP verboten.

Winkler ist dafür, einen Beschluß über die Auflösung der NSDAP nicht vor Rückkehr des Bundeskanzlers aus London zu fassen.

F e y und S c h u s c h n i g g wenden sich dagegen. Für die Aussprechung des Standrechts seien, nach Mitteilung Winklers, alle Vorbereitungen getroffen.

Fey,
Schuschnigg

Die Klärung einiger juristischer Fragen, die im Zusammenhang mit dem Parteiverbot stehen (z.B. Mandatsverlust) wird zurückgestellt und die Beratung über die Aufstellung der Sicherheitsdirektoren aufgenommen. Die Personenliste wird von F e y aufgestellt. Der Posten des Sicherheitsdirektors für Tirol bleibt vorläufig unbesetzt, da der vorgesehene Dr. Steidle bei einem Attentat verletzt und dienstunfähig ist und man sich über einen Ersatzmann nicht einig werden kann.

Sicherheits-
direktoren.

Der nächste Punkt der Beratung ist die Aufstellung des freiwilligen Schutzkorps. F e y erneuert seinen Antrag aus der vorigen Sitzung und begründet ihn jetzt damit, daß das Bundesheer im Ernstfall für die Sicherung im Innern nicht zur Verfügung stehe; es werde dann an der Grenze gebraucht.

Freiwilliges
Schutzkorps.

Über die Aufstellung des Schutzkorps, das nur im äußersten Notfall und "bei Gefahr im Verzuge" einberufen werden darf, ist sich der Ministerrat einig. Es entwickelt sich nur noch eine längere Aussprache über die Kompetenz der Einberufung. Fey möchte in jedem Falle selbst über die Einberufung entscheiden; verschiedene Minister wollen dafür aber die Sicherheitsdirektoren heranziehen. Man einigt sich schließlich auf eine Zwischenlösung: bei Gefahr soll Fey bestimmen, muß aber nachträglich die Zustimmung des Ministerrates einholen.

Fey

Angehängt sind einige Beilagen: Listen von "Terroraktionen" der Nat.-Soz. aus der letzten Zeit, besonders Werbepлакate des SA-Hochschul-Sturms 34/15. Sie sollen die Grundlage bilden zu Feys Antrag auf Auflösung der NSDAP.

Tätigkeit der
NSDAP

Nr. 882 - 14. Juni 1933. - Vorsitz: VK Dr. Winkler.

Centered

Staatssekr. Peter gibt auf Anweisung des Bundeskanzlers, der zur Weltwirtschaftskonferenz in London weilt, eine sachliche Darstellung der Verhaftung Wasserbäcks in Berlin. Er stellt die Verhaftung als Gegenmaßnahme zur Verhaftung Habichts in Wien dar. Weitere außenpolitische Schritte zu unternehmen hält er in Anbetracht der Weltwirtschaftskonferenz für unklug. Vaugoin und Stockinger wünschen zwar Beschwerde beim Völkerbund und beim Internationalen Gerichtshof im Haag, aber auf den vermittelnden Vorschlag Bureschs wird der Bericht Peters nur "zur Kenntnis genommen".

Vergehen der
deutschen Behörden
gegen den
österreichischen
Presseattaché
Dr. Wasserbäck
in Berlin.

Fey berichtet wiederum über die Verhaftungen von Nat.-Soz. im Anschluß an Demonstrationen u. a. Er ist der Meinung, daß für die Verhaftungen, die er angeordnet hat, genügend Grund vorgelegen habe. Ihm stimmen Stockinger, Vaugoin und Neustädter-Stürmer zu. Sie fordern strengste Maßnahmen gegen die nationalsozialistischen Umtriebe. Schuschnigg hält die Verhaftungen ebenfalls

Politische Lage

Stockinger,
Vaugoin,
Neustädter-
Stürmer

Schuschnigg

für gerechtfertigt. Nur W i n k l e r gibt der Meinung Ausdruck, daß eine Verhaftung auf bloße Verdachtsmomente hin mindestens übereilt erfolgt sei. Fey habe entschieden seine Kompetenzen überschritten. Er kritisiert überhaupt den derzeitigen Kampf gegen die NSDAP. Auf diese Weise sei keine Ruhe zu schaffen, besonders wenn man bedenkt, daß z.B. die Presse von Parteien der Regierungskoalition dauernd in übler Weise die Regierung und ihre Maßnahmen kritisieren. - Eine Einigung wird wieder einmal nicht erzielt, und "der Ministerrat beendet die Debatte ohne eine konkrete Beschlußfassung."

Winkler

Minister Buresch teilt mit, daß die interministeriellen Besprechungen soweit gediehen seien, daß die Verordnung über die Neuerung der Zündmittelsteuern erlassen werden könne. "Durch den Ertrag der neuen Steuer werde ermöglicht werden, den Stand der Gendarmeriebeamten um 300 Mann zu erhöhen."

Zündmittel-
steuer

Centered
Wieder ist eine Liste über Demonstrationen von Nationalsozialisten angehängt.

Tätigkeit
der NSDAP

Nr. 884 - 19. Juni 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Nach einem Bericht des Ministers V a u g o i n über ein Handgranatenattentat auf eine marschierende Truppe bei K r e m s, das vermutlich von Nat.-Soz. ausgeführt worden sei, erneuert F e y seinen Antrag auf Verbot der NSDAP und schlägt zugleich vor, zur Abschreckung die Todesstrafe einzuführen. S c h u s c h n i g g habe sich ihm gegenüber dazu bereits geäußert: Paragraphen irgendwelcher Gesetze dürften im Ernstfalle keine Rolle spielen. - Gegen das Verbot der NSDAP wenden sich B a c h i n g e r und vor allem wieder W i n k l e r. Er leg in langen Ausführungen dar, daß alle Verhaftungen und anderen Maßnahmen der letzten Zeit fast ausschließlich nur auf Vermütungen hin erfolgt seien. In

Innerpolitische
Lage; Maßnahmen
gegen die NSDAPVaugoin
Fey

Schuschnigg

Bachinger
Winkler

der Bevölkerung haben sie auch durchaus nicht die erwünschte Zustimmung gefunden; besonders nachdem die Verhafteten in den meisten Fällen die Verhafteten freigelassen werden mußten, weil die Verhöre keine konkreten Anhaltspunkte für eine Bestrafung ergeben haben, habe sich im Volk die Meinung verbreitet, die Aktion gegen die NSDAP werde ganz willkürlich geführt. B u r e s c h warnt vor übereilten Maßnahmen. Die Nat.-Soz. haben zwar "wie die Bolschewiken" die Übung, ihre Politik vom Vollzug zu trennen, indem die Politiker erklären, von den Gewaltakten nichts zu wissen, aber ohne konkrete Untersuchungsergebnisse könne weder an eine Bestrafung einzelner, noch an die Auflösung der Organisationen, noch an ein Verbot der Partei gedacht^{werden}. Die Einführung des Standrechts bzw. der Todesstrafe halte er für unbegründet; es würde sich kein Richter finden, der auf bloße Vermutungen hin etwa ein Todesurteil fällen würde. Mit Unterstützung ~~von~~ ^{Vaugoin} und Neustädter - Stürmers wiederholt Feys seinen Verbotsantrag. ~~Seiner~~ ^{Seiner} Ansicht nach gebe es in der Bevölkerung niemand, der in den Attentätern der letzten Zeit nicht die Nat.-Soz. sehe. S c h u s c h n i g g ist ebenfalls für sofortige Auflösung der NSDAP und ihrer Gliederungen, Aberkennung der Mandate der nat.-soz. Abgeordneten und Einführung des Standrechts und damit der Todesstrafe bei neuen Attentaten. Man müsse gegen die Nat.-Soz. in Österreich ebenso rigoros vorgehen, wie die Nat.-Soz. in Deutschland nach ihrer Machtübernahme gegen die anderen Parteien. Nach weiterer kurzer Aussprache drängt D o l l f u ß auf Beschlußfassung über Feys Anträge. Dem Antrag auf Auflösung der SA und # stimmen alle Minister zu; bei der Abstimmung über Verbot und Auflösung der NSDAP enthielten sich der Stimme: Winkler, Kerber, Schumy und Staatssekr. Bachinger. - Weiterhin regt Dollfuß an, der Bevölkerung bekannt zu geben, daß bei Wiederholung von Anschlägen gegen das Leben und die Sicherheit das Standrecht und die Todesstrafe eingeführt würden. Um außenpolitische Schwierigkeiten möglichst zu vermeiden, soll Schuschnigg in einem Radiovortrag - auf eigenen Vorschlag - bekanntgeben, aus welchen Gründen die Regierung diese scharfen Maßnahmen ergreift.

Buresch

Vaugoin
~~Ker~~

Neustädter

Schuschnigg

Dollfuß

Winkler, Kerber, Schumy, Bachinger.

Nr. 885 - 21. Juni 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Beratung technischer und Personalfragen im Zusammenhang mit der Neuzusammensetzung des Exekutivkomitees und des Verwaltungsrates der Creditanstalt.

Verwaltungsrat
der Creditanst.
Neubesetzung

Nr. 886 - 23. Juni 1933. - Vorsitz: VK Dr. Winkler.

Winkler berichtet über den vom ehemaligen Landesleiter der NSDAP Österreichs, Alfred Proksch, verbreiteten Aufruf, worin der Übergang zum offenen Widerstand gegen die Regierung angekündigt wird. In Abwesenheit Feys und Vaugoins wird der Sektionschef Hecht beauftragt, die zuständigen Stellen anzuweisen, sofort die nötigen Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Aufruf von
Proksch

Centered

Nr. 887 - 28. Juni 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Die Aufstellung der Hilfsexekutive ist bereits vom Ministerrat beschlossen; es handelt sich nunmehr um die Durchführung. Es ~~haben~~ haben sich in allerletzter Zeit Situationsänderungen ergeben, besonders dadurch, daß verschiedene Verbände, wie z. B. die Frontkämpfervereinigung, sich nicht zur Teilnahme bereit erklärt haben; sie fordern vielmehr den Ausbau der militärischen Assistenzkörper. Ihre Meinung wird vertreten durch Winkler, Vaugoin und Neustädter-Stürmer. Auf der anderen Seite verlangt Fey und auch Dollfuß die Teilnahme aller Verbände. Es kommt zu einer persönlichen Auseinandersetzung, in der Fey übergroße Machtansprüche zum Vorwurf gemacht werden. Winkler und Neustädter-Stürmer drohen gar mit ihrem Rücktritt. Schuschnigg sucht zu vermitteln: die Teilnahme an der Hilfsexekutive solle jedem Verband freigestellt sein. Damit sind aber beide Seiten nicht einverstanden. Trotz Ermahnungen von seiten des Vorsitzenden kommt man zu keiner Einigkeit, und die weitere Beratung wird vertagt.

Richtlinien
über die Auf-
stellung der
staatlichen
Hilfsexekutive.

Nr. 888 - 30. Juni 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Fey berichtet: Nach dem Verbot der NSDAP sei die illegale Tätigkeit der Partei vom Deutschen Reich organisiert worden. In München bestünde dafür ein besonderes Komitee eingerichtet worden, in dem auch ~~nix~~ ehemalige österreichische Parteiführer saßen. Die Propaganda dieses Komitees sei sehr scharf. Minister und Heimwehrleute seien auf die schwarze Liste gestellt und für vogelfrei erklärt worden, besonders Fey, Dollfuß und Vaugoin. Fey hofft, daß die Aufstellung des freiwilligen Schutzkorps die Tätigkeit der nat.-soz. Terrorgruppen wirksam überwachen und unterbinden werde. - Dollfuß bezeichnet es "im Hinblick auf die Fremdenverkehrspropaganda" als unerwünscht, daß aufgebauchte Berichte von versuchten Attentaten in die Zeitungen kommen.

Bericht über die innerpolitische Lage.

Rücksicht auf Fremdenverkehr

Nr. 889 - 7. Juli 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Wieder kommt es zu persönlichen Auseinandersetzungen Winkler-Fey. Winkler will die Entscheidung über die Entziehung einer Gewerbeberechtigung von der Entscheidung eines Ministerkomitees abhängig machen, während Fey es durchaus als Ressortangelegenheit betrachtet wissen will. Winkler dringt durch, und der Ministerrat beschließt in seinem Sinne.

Entziehung der Gewerbeberechtigung wegen Förderung der Betätigung einer verbotenen Partei.

Dollfuß berichtet über die Propaganda des bayrischen Rundfunks gegen Österreich und über die dagegen unternommenen Schritte (die nicht genannt werden). Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Propaganda des deutschen Rundfunks gegen Österreich.

Auf Vorschlag Schuschniggs wird auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigung durch Terrorakte erlassen.

Verordnung über Abwehr wirtschaftl. Schädigung durch Terrorakte.

Nr. 893 - 26. Juli 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

In der Aussprache über die VIII. Gerichtsentlastungs-
novelle macht S c h u s c h n i g g davon Mitteilung,
daß er bereits daran arbeite, "die Jurisdiktion in po-
litischen Delikten den Bezirksgerichten im allgemeinen
abzunehmen und in einer Abteilung beim Bezirksgericht
am Sitze des Landesgerichtes zu vereinigen, auf deren
Besetzung im Wege der Festsetzung der Geschäftseinteil-
lung durch den Gerichtshofpräsidenten Einfluß genommen
werden könnte. Außerdem denke Redner daran, gewisse Be-
zirksgerichte durch die Abnahme der Strafgerichtsbar-
keit zu straffen." Sicher war die Regierung mit Urtei-
len dieser Bezirksgerichte bei politischen Delikten
(also wohl in erster Linie nat.-soz.!) nicht einver-
standen.)

VIII. Gerichts-
entlastungs-
novelle.

Schuschnigg

Maßnahmen ge-
gen Bezirks-
gerichte

Nr. 894 - 16. Aug. 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Die österreichische Anleihe in Frankreich ist nun end-
lich aufgelegt, wie Min. Buresch berichtet. Er macht
noch einige Mitteilungen über die Anleihen in der
Schweiz und in England."Die Bank von England habe auf
den Ersatz von Zinsen verzichtet." Es muß nun an die
Ausschreibung einer inneren Anleihe gegangen werden.
Der Kassenstand (der Nationalbank?) beträgt zur Zeit nur
9 Millionen Schilling.

Lausanner
Anleihe

Bank von
England

Kassenstand

Fey stellt den Antrag, die Gendarm~~erie~~erie, besonders an
der Grenze durch das Schutzkorps zu verstärken. Es ent-
spinnt sich eine längere Aussprache, in deren Verlauf
W i n k l e r wieder Fey entgegentritt und auf seine
Machtansprüche anspielt. Fey erhält aber die Zustimmung
Schuschniggs, Vaugoins, Bureschs u.a. Und nachdem Doll-
fuß sich ausdrücklich auf Feys Seite geschlagen hat u.
erklärt, "wenn der Sicherheitsminister erkläre, er brau-
che die Gendarm~~erie~~eriverstärkung, müsse sie bewilligt
werden", wird der Antrag angenommen.

Heranziehung des
Schutzkorps zur
Verstärkung der
Gendarmerie.

Winkler

Schuschnigg, Vau-
goin, Buresch,
Dollfuß

Als Beilage zum Ministerratsprotokoll: Vorschlag von Verordnungen betr. die Beschlagnahme des Vermögens der verbotenen Parteien (kommunistische und nationalsozialistische). Die Bestimmungen sind streng, stellen aber nur Zusätze zu den bestehenden Gesetzen und Verordnungen dar.

Verfall und Beschlagnahme des Vermögens verbotener politischer Parteien.

Nr. 896 - 1. Sept. 1933. - Vorsitz: VK Dr. Winkler.

Feys Antrag auf Verminderung der Kosten der öffentlichen Sicherheit wird nach einigen formellen Änderungen angenommen. - Die Internierung bzw. Konfinierung sicherheitsgefährlicher Personen in Sammellagern oder Konzentrationslagern wird in dieser Sitzung überhaupt nicht beschlossen. In der Aussprache stellen sich auf Seite Feys: Schuschnigg, Buresch, Vaugoin, Neustädter-Stürmer. Vorbehalte machen Winkler, Schumy, Bachinger. Schuschnigg gibt ^{Centered} ziemlich deutlich zu, daß die Gerichte den Anforderungen der letzten Zeit nicht gewachsen seien. Wenn er auch nicht für "Kopieren der deutschen Crudelitäten" sei, halte er doch strenge Maßnahmen für unerläßlich. Ganz allgemein wird gefordert, Rücksicht zu nehmen auf die innerpolitische Lage: der Fremdenverkehr dürfe nicht leiden; die Zeichnung der inneren Anleihe dürfe nicht ungünstig beeinflußt werden; den bevorstehenden Katholikentag solle man erst vorüberlassen. Auch in dieser Sitzung ist zu beobachten, daß Fey immer mehr Macht an sich zu reißen bemüht ist. Dollfuß ist in diesem Falle zwar nicht anwesend; aber aus gelegentlichen Bemerkungen in früheren Sitzungen kann geschlossen werden, daß er Fey voll vertraut.

Verminderung der Ausgaben für die öffentl. Sicherheit
Internierung sicherheitsgefährlicher Personen

Fremdenverkehr
Innere Anleihe
Katholikentag

Fey

Nr. 897 - 6. Sept. 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Die Internierung sicherheitsgefährlicher Personen wird er-

neut behandelt. Fey begründet seinen Antrag damit, daß zweifellos für die nächsten Wochen eine geschlossene Aktion der Nat.-Soz. mit Unterstützung des Deutschen Reiches zu erwarten sei. Winkler widerspricht ihm auch in dieser Sitzung, und zwar in scharfem Tone. Er wirft ihm diesmal sogar vor, daßer allem Anschein nach auch ohne Zustimmung des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers mit Hilfe der Heimwehr die Macht in Österreich an sich reißen wolle. Fey widerspricht. Dollfuß schlichtet den Streit und versichert ausdrücklich Fey nochmals seines vollsten Vertrauens. In Bezug auf die vorliegenden Anträge will er jedoch auf Vorschlag einiger Minister nochmals mit Starhemberg sprechen, und die Beschlußfassung wird wieder einmal vertagt.

Internierung
sicherheitsge-
fährl. Personen;
Einberufung des
Bezraubten-
standes u. der
militärischen
Assistenzkörper

Starhemberg

Nr. 900 - 3. Okt. 1933. - Vorsitz: VK Fey.

Fey berichtet dem Ministerrat über das Attentat auf den Bundeskanzler, das der ehemalige Heeresangehörige Rudolf D e r t i l verübt habe. Der Attentäter ist wegen seiner nat.-soz. Gesinnung bekannt; sein Bruder sitzt wegen Hochverrats im Gefängnis. Die Untersuchung, ob etwaige Hintermänner mit verantwortlich gemacht werden können, ist bereits im Gange.

Attentat auf
BK Dollfuß

Nr. 906 - 10. Nov. 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Schuschnigg stellt den Antrag auf sofortige Einführung des Standrechts und der Todesstrafe. Er erörtert in langen juristischen Auseinandersetzungen die verfassungsmäßigen Grundlagen zu der vorgeschlagenen Maßnahme. Ihm stimmen nach kurzer Debatte, in der ~~nur~~ hauptsächlich formale Dinge behandelt werden, alle anwesenden Minister, ganz ausdrücklich Fey, zu, und der Antrag wird zum Beschluß erhoben. (Bem.: Vaugoin, Winkler und Schumy gehören dem Kabinett nicht mehr an.)

Einführung der
Todesstrafe.

Nr. 911 - 15. Dez. 1933. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Das erste Todesurteil, das vom Standgericht ausgesprochen worden ist, ist im Gnadenwege aufgehoben worden. Schuschnigg sucht sein Verhalten und das des Bundespräsidenten zu erklären: es hätte sich im vorliegenden Falle nicht um ein hochpolitisches Vergehen gehandelt, außerdem sei der Verurteilte nicht ganz zurechnungsfähig. Immerhin erhält er nicht die Zustimmung des Ministerrates, der allgemein der Meinung ist, in Zukunft werde die gesamte Bevölkerung nichts mehr auf das Standrecht geben und der Regierung wiederum Schwäche vorwerfen. Auch Dollfuß ist einer Meinung mit den Ministern. Mit einer kurzen Debatte über Äußerungen des Bundespräsidenten, er werde in jedem Falle ein Todesurteil mildern, wenn er darum gebeten würde, schließt die ~~Debatte~~ Sitzung.

Urteil des
Standgerichts
in Wels

Centered

Nr. 915 - 8. Januar 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Dollfuß berichtet, daß er in letzter Zeit versucht habe, das Verhältnis zu den Nat.-Soz. in Güte zu regeln, weil er annehme, daß dann auch die Beziehungen zum Deutschen Reich sich bessern würden. Da seine Maßnahmen aber in der Bevölkerung als Schwäche ausgelegt worden sei, so könne er "diesem Treiben" nicht tatenlos zusehen. Er bittet den Staatssekr. für das Sicherheitswesen, K a r w i n s k y, über die Ereignisse der letzten Zeit zu berichten. Er sei der Meinung, daß dann die Regierung dazu kommen werde, "den Ereignissen mit aller Festigkeit zu begegnen und damit vielleicht auch zur Klärung der Situation innerhalb der in der Regierung vertretenen Gruppen beizutragen." - Karwinsky legt dar, daß in allerletzter Zeit die Nat.-Soz. eine Menge Demonstrationen und Anschläge verübt hätten, die härteste Maßnahmen der Regierung herausforderten. Insbesondere sei die Einberufung des Schutzkorps unerläßlich. Fey, Schuschnigg und Neustädter-Stürmer erklären in längeren Ausführungen ihr Einverständnis, die übrigen Minister ebenfalls.

Außerordentl.
Sicherheitsmaß-
nahmen; Erkennt-
nisse der Beson-
deren Diszipli-
narkommission.

Unstimmigkei-
ten im Ministe-
rium.

Nr. 917 - 23. Januar 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Dollfuß berichtet. Das einzige Thema seiner Ausführungen bildet das Verhältnis zu Deutschland. Vor Weihnachten habe es zu einer befriedigenden Lösung kommen können; es sei nämlich eine Aussprache mit Ha- bicht vorgesehen gewesen. Seit Anfang des neuen Jahres haben sich aber die Nat.-Soz. in Österreich so aufgeführt, daß er von sich aus keinen Wert mehr auf die beabsichtigte Besprechung hätte legen können. Sie sei wohl auch/ nun nicht mehr zu erwarten. Man müsse sich im Gegenteil mit dem Gedanken tragen, wegen der Terrorakte der Nat.-Soz. beim Völkerbund Beschwerde einzureichen. Der Ministerrat soll in einer späteren Sitzung sich nochmals damit beschäftigen. - Diesmal schließt die Betrachtung der außenpolitischen Lage ohne Diskussion.

Außenpolitische Lage.

Nr. 919 - 1. Febr. 1934. - ^{Centered} Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Die Aussprache, der die deutsche Antwortnote auf die österreichische Beschwerde ^{e/} zur Grundlage ^{liegt} hat, ergibt keine neuen Gesichtspunkte. Es wird von Dollfuß und allen Ministern - Schuschnigg ist nicht anwesend - verschiedentlich darauf hingewiesen, daß von Deutschland alle Versuche Österreichs, besonders des Bundeskanzlers, das Verhältnis der beiden Staaten zu bereinigen, dadurch unwirksam gemacht worden seien, daß Österreichs Beschwerden als nichtig oder belanglos hingestellt worden seien. Die österreichische Regierung sei es nunmehr ihrem Volk schuldig, den Weg zum Völkerbund einzuschlagen. Daran könne auch der bevorstehende Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund nichts ändern. Über die Formalitäten des Schrittes in Genf wird später verhandelt werden müssen. - Die letzte Antwort Deutschlands wird einstimmig als "unbefriedigend" erklärt.

Verhältnis zum Deutschen Reich

Nr. 920 - 5. Febr. 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Gesandter H o r n b o s t e l , der zur Sitzung zugezogen worden ist, berichtet über das Elaborat, das dem Völkerbund vorgelegt werden sollte. Es sei darin das gesamte Beweismaterial zusammengetragen, aus dem hervorgehe, daß die österreichische Regierung den Weg nach Genf erst als letzte Möglichkeit gewählt habe. Alle Minister stimmen dem Entwurf zu und heißen den Beschwerdeschritt gut. F e y bezeichnet wieder einmal die Lage des österreichischen Staates als Notlage, die auch in vielen Fällen Notwehrmaßnahmen erfordere. Er bittet, die Maßnahmen, die er in seiner Eigenschaft als Sicherheitsminister bisher durchführte, in diesem Sinne zu betrachten und ihm auch in ähnlichen künftigen Fällen die Zustimmung nicht zu versagen. - In der weiteren Aussprache werden Vermutungen laut, wie das Ausland etwa auf Österreichs Schritt in Genf sich verhalten werde. Frankreichs Haltung sei klar, unsicher dagegen die Englands, von der aber viel abhängen. Auf Italien dürfe man nicht rechnen. Ganz gleich, wie sich diese Großmächte stellen, innenpolitische Bindungen werde die österreichische Regierung niemals eingehen. In einer längeren zusammenfassenden Rede dankt Dollfuß dem österreichischen Gesandten in Berlin, T a u - s c h i t z , für seine Tätigkeit. Dieser bezeichnet in seiner Antwort verschiedene Stellen der neuesten deutschen Antwortnote als "unwahr", andere als unklar. Als Beispiel für die Unwahrheit der deutschen Behauptungen gibt er an, daß die deutsche Regierung immer bemüht gewesen sein will, eine Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse zu vermeiden. In Wahrheit habe aber am 1.6.1933 eine Ministerratssitzung unter dem Thema "Sanktionen gegenüber Österreich" die 1000-Mark-Sperre beschlossen. - Genauer geht Tauschitz noch auf die Rolle Habichts ein. Er sei der einzige Österreich-Referent beim Führer. In letzter Zeit sei er wegen der Mißerfolge in Österreich zwar etwas in Ungnade gefallen, seine Stellung sei aber nicht erschüttert; zumindest seien Gerüchte darüber ihm nicht bestätigt worden.

Verhältnis zum Deutschen Reich

Fey

Tauschitz

Nr. 937 - 15. April 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Der Bundeskommissar für Personalangelegenheiten, Dr. F l e i s c h , berichtet, daß im ganzen Bundesgebiet, besonders in Kärnten, unverständlicherweise noch viele Lehrer und andere Beamte regelmäßig Mitgliedsbeiträge an die verbotene NSDAP zahlen. Er fordert strenge Maßnahmen. Ihm zur Seite tritt F e y . Auch Dollfuß, Neustädter-Stürmer, Buresch u.a. schlagen strenge Bestrafung von Beamten vor, die Mitglieder verbotener Parteien sind. An ihre Stelle sollen zuverlässige Personen treten ohne Rücksicht auf Dienstgrad und Dienstalter, wichtige Posten sollen durch Kommissare ausgefüllt werden. Von einer Verlautbarung ~~dieser~~ der Mitteilungen über die Zustände im Beamtenkörper wird unter Zustimmung aller Minister abgesehen.

Bekämpfung subversiver Betreibungen.

Fleisch

Fey

Centered

Nr. 946 - 6. Juni 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Neustädter-Stürmer schlägt als zuständiger Minister vor, die Mitglieder der VF bevorzugt durch die Arbeitsämter vermitteln zu lassen. Er gibt eine genaue Rangordnung zur Debatte. Fey besonders meint, daß sich allenthalb Schwierigkeiten ergeben würden (verspätete Ausstellung der Mitgliedskarten, Zugehörigkeit zur VF und zu anderen Wehrverbänden auch ohne vaterlandstreue Gesinnung u. a.). Außerdem würde bei der geringen Möglichkeit der Vermittlung die Einführung einer Rangordnung fast illusorisch sein. Er schlägt deswegen vor, jene Leute, die keine Verdienste um den Staat nachweisen könnten, aus ihren Stellungen zu entlassen und an ihre Stelle vaterlandstreue Personen zu setzen. Es ist auf diese Weise zu hoffen, daß viele in die VF und in den Gewerkschaftsbund eintreten. S t a r h e m b e r g tritt zur Seite und fordert strenges Durchgreifen; zur Milde sei jetzt keine Zeit mehr. - Der Antrag wird dann einstimmig angenommen.

Bevorzugte Vermittlung von Mitgliedern der VF durch die Arbeitsnachweise

Starhemberg

Vorschlag Feys, weitere 3000 Mann des freiwilligen ~~SK~~ Bahnsicherungs- Schutzkorps einzuziehen, die die Sicherung der Bahn- dienst. körper und des angrenzenden Hinterlandes übernehmen sollen. Er meint daß die Ausgaben, die dafür nötig seien, sich lohnen, da der Schaden, der schon durch ein einziges Attentat entstünde, weit größer sei. Buersch als Finanzminister und Dollfuß sind mit dem Vorschlag nicht einverstanden, besonders wegen der Kostenfrage. In der Aussprache wird überhaupt eine einheitliche Meinung nicht erzielt, und es wird ein Kollegium ernannt, daß nach weiterer Beratung den Beschluß fassen soll. Fey erreicht aber wenigstens, daß die im Dienst behaltenden 2300 Mann des Schutzkorps bis Ende Juni im Dienst belassen werden.

~~Nr. 947 - 10. Juni 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.~~

Nr. 947 - 10. Juni 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Dollfuß macht angesichts der Häufung von Anschlägen, die seiner Meinung nach zu mindest 90% von Nat.-Soz. verübt seien, folgende Vorschläge zur verschärften Bekämpfung des Terrors: Maßnahmen zur Bekämpfung der Terroraktion.

1. die Einführung eines freiwilligen Ortsschutzes;
2. Dislozierung des Bundesheeres, vor allem in Grenzgebieten;
3. Verstärkung der Gendarmerie und Zollwache;
4. standrechtliches Verfahren bei jedem Attentat, auch wenn dabei niemand getötet wird;
5. Ansetzung einer Ergreiferprämie.

Fey stimmt der Meinung Dollfuß' zu, daß entschieden die Maßnahmen verschärft werden müßten und gibt dann eine Darstellung einzelner Terrorfälle. Nach seiner Meinung sei es gar nicht ausgeschlossen, daß die Nat.-Soz. mit Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengingen. Er

macht anschließend an die Vorschläge des Bundeskanzlers weitere Vorschläge: Ausbau des Bahnschutzes, Überwachung der Wasser- und Telegraphenleitungen, Verstärkung der Polizei-, Gendarmerie- und Kriminalbeamtenkorps und Einführung der Todesstrafe bei Sprengmittelbesitz.

Im allgemeinen stimmen alle Minister den Vorschlägen zu. In besonders gehässiger Weise gibt **S t a r h e m b e r g** **Starhemberg** seiner Meinung Ausdruck: "Von draussen her werde versucht, unser wirtschaftliches Leben zu untergraben. Man müsse daher rücksichtslos dieselben Methoden gegenüber Deutschland anwenden und dürfe nicht davor zurückschrecken, dem Deutschen Reich ebenfalls die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zuzufügen. Man müsse sich darüber klar sein, daß das herrschende System in Deutschland nichts anderes sei als die deutsche Form des Bolschewismus und daß die österreichische Regierung in diesem Kampf nie mit anständigen Methoden auskommen werde. Die gegenwärtige Kampfmethod^{Centered}e Deutschlands erscheine viel schmutziger und gemeiner als die Kampfmethoden der Entente im Weltkrieg." Neben der wirtschaftlichen Gegenpropaganda soll nach seinem Vorschlag auch ein organisierter Gegenterror eingeführt werden. Mit dem Standpunkt, Österreich sei ein deutscher Staat, und man dürfe daher nicht gegen Deutschland vorgehen, müsse Schluß gemacht werden. Man müsse "eine eigene Rundfunkstunde ansetzen, um über Deutschland zu sprechen, und auf diese Weise bewirken, daß die deutsche Reichsregierung ein Interesse daran bekomme, das Verhältnis zu Österreich zu bessern. Außerdem müßte man rücksichtslos gegen jene Personen ankämpfen, die mit den Nat.-Soz. sympathisierten; man müßte die beteiligten Geschäftsleute zugrunde richten."

Wenn die übrigen Minister den Vorschlägen in dieser Schärfe nicht zustimmen, so sind sie doch grundsätzlich einverstanden. In gehässiger Weise äußert sich neben Fey und Starhemberg nur noch der Staatssekretär **G l a s** . **Glas** Gegen Ende der Aussprache weist Dollfuß darauf hin, daß man mit einer groß angelegten Aktion der Nat.-Soz. für die allernächste Zeit rechnen könne. Um die Rigprosität

und die Stärke auch nach außen hin zu zeigen, schlägt Dollfuß Veröffentlichungen von Maßnahmen gegen Nat.-Soz. vor. - Die allgemeine Stimmung der Minister - nur Minister Kerber ist für nachsichtige Beurteilungen - : Streng- Kerber ste Handhabung der bestehenden Verordnungen und Gesetze. Neue Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Nr. 949 - 15. Juni 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Schuschnigg als der zuständige Minister stellt einen Antrag, ein Gesetz zu erlassen, nach dem Abiturienten, die sich staatsfeindlich betätigen, die Ablegung der Reifeprüfung unmöglich gemacht wird. Man könne sogar daran denken, die ganze Klasse zu bestrafen, wenn einzelne Schüler sich im nat.-soz. Sinne aufführen. Auch den Eltern und den Lehrern sei eine Schuld zuzuschreiben. Er wüßte allerdings keine andere Möglichkeit, als die vorgeschlagene; dadurch würden ja auch Eltern und Lehrer indirekt geschädigt. - Verschiedene Minister sind für Milde, denn es wäre unausbleiblich, daß viele Personen bestraft würden, die entweder nur falsch geleitet seien oder gar nicht beteiligt seien an Straftaten. Besonders ist wieder Kerber zunächst nicht bereit, dem Antrag in dieser Form zuzustimmen. Neustädter Stürmer und besonders Starhemberg geben ihrer Meinung auch diesmal in gehässigem Tone Ausdruck. Starhemberg ~~ist~~ bezeichnet die gegenwärtige Situation als Krieg. Er ist der Meinung, daß man "dem Gegner, der mit den niedrigsten Mitteln arbeite, nicht zaghaft entgegentreten" dürfe. - Schuschnigg wiederholt seinen Antrag und bleibt auch bei der scharfen Formulierung. Gegen Ende der Aussprache gewinnt er allerdings auch Kerber für seinen Antrag, indem er darlegt, daß nicht den Schülern verboten würde, die Reifeprüfung abzulegen, sondern der betreffenden Anstalt, eine solche abzuhalten.

Einstellung der Reifeprüfungen an mittleren Lehranstalten.

Kerber

Starhemberg

Nr. 950 - 22. Juni 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Staatssekr. Glas stellt den Antrag, das Sprengstoffgesetz zu verabschieden. Er weist besonders darauf hin, daß das außerordentliche Milderungsrecht in Sprengstoffprozesse nicht am Platze sei, da es in letzter Zeit, in der übrigens Sprengstoffvergehen die anderen Verbrechen bei weitem überwogen haben, verschiedentlich in der Bevölkerung zu Mißstimmung gekommen sei, wenn Strafmilderungen beschlossen oder die Untersuchungshaft angerechnet worden sei. Wieder ist Kerber zunächst mit der scharfen Fassung nicht einverstanden. Schließlich legt er aber gegen die Verabschiedung des Gesetzes keinen Einspruch ein.

Beschleunigte
Ahndung von
Sprengstoff-
verbrechen.

Nr. 951 - 28. Juni 1934. - Vorsitz: BK Dr. Dollfuß.

Obwohl ministerielle Verordnungen existieren, die bestimmen, daß Nat.-Soz. erst in allerletzter Linie bei Einstellungen von Arbeitern in Frage kommen sollen, sind Fälle bekannt geworden, in denen Nationalsozialisten in größerer Zahl untergebracht worden sind als "Vaterlandstreue". Starhemberg ist auf jeden Fall für strenge Einhaltung der Vorschriften. Immerhin wird von verschiedenen Ministern der Meinung Ausdruck gegeben, daß Eingriffe in die Privatwirtschaft nicht mit der Schärfe durchgeführt werden könnten, wie eta bei Beamten.

Maßnahmen gegen
politisch unzu-
verlässige Per-
sonen.

Es sind verschiedene Fälle bekannt geworden, in denen Angehörige von Wehrverbänden sich gegen Angehörige des Bundesheeres vergangen haben. Schuld trage wohl Starhemberg, der in einer Rede in Braunau die Tätigkeit und die Einstellung des Bundesheeres kritisiert habe. Er hält in kurzer Rede seine Meinung aufrecht. Es sei bekannt, daß viele Heeresangehörige Nat.-Soz. seien. - Die Bereinigung der Sache wird einem Ministerkomitee übertragen.

Konflikte zwi-
schen Bundes-
heer und Wehr-
verbänden.

Schuschnigg berichtet, er habe auf Wunsch des Bundeskanzlers einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet, nach dem dem Katholischen Universitätsverein in Salzburg gestattet werden solle, eine private philosophische Anstalt zu errichten. Eine staatliche Subvention käme nicht in Frage. Die Fakultät erhalte das Recht, vollkommen staatsgültige akademische Grade zu verleihen. Mit dem Vatikan müsse die Sache selbstverständlich besprochen werden. - Zur Beschlußfassung wird ein Ministerkollegium gebildet: Dollfuß, Schuschnigg, Glas.

Private philosophische Anstalt in Salzburg.

Nr. 957 - 26. Juli 1934. - Vors.:VK Starhemberg.

(Die erste Ministerratssitzung nach dem Putsch.)

Starhemberg ermahnt zunächst die Minister zur Einigkeit, wie sie im Kabinett Dollfuß immer geherrscht habe.

Alle Minister sind sich einig, daß der Witwe des BK Dollfuß als Pensionssumme ~~die~~ Gelder in Höhe der letzten Bezüge Dollfuß' ausgezahlt werden.

Versorgung der Hinterbliebenen des BK Dollfuß

Für die Vorbereitungen zur Leichenfeier für Dollfuß wird vom Ministerrat Minister Stockinger bestimmt.

Leichenfeier für Dollfuß.

In der Aussprache über den Fall Rintelen wird zunächst über eine Überführung des Verletzten in das Inquisitionshospital kein Beschluß gefasst. Starhemberg gibt der Meinung Ausdruck, "daß es zweckmäßig erscheine, das Leben des Verletzten solange als möglich zu erhalten."

Selbstmordversuch Rintelens

Starhemberg

Neustädter-Stürmer hat während der Vorgänge am Ballhaus-Platz den Putschisten freies Geleit zugesichert. Allerdings habe er in dem Augenblick noch nichts vom Tode des Bundeskanzlers gewußt. In der Aussprache über die Einhaltung des Versprechens ist besonders die Äußerung Starhembergs hervorzuheben: Wenn man auch gegebene Versprechen halten solle, so müsse man doch bedenken, "daß eine Regierung, die in diesem Falle zu mild vorgehe, sich nicht halten könnte."

gegen Putschisten

Starhemberg

Bei der Aussprache über die Einführung eines Militärgerichtshofes handelt es sich in der Hauptsache um Kompetenzfragen (Abgrenzung zum Standgericht usw.) und um andere formelle Dinge. Die Einführung des Militärgerichtshofes steht fest.

Einführung eines Militärgerichtshofes

Nr. 958 - 27. Juli 1934. - Vorsitz: VK Starhemberg.

Der Vorschlag der deutschen Regierung, Papen zum Gesandten in Wien zu machen, müsse mit außerordentlicher Skepsis aufgenommen werden. Ganz gleich, wie Papen zu Hitler selbst stehe, ein geschickter Diplomat sei er, und sicher habe er die Fähigkeiten, das Verhältnis zum Deutschen Reich bessern zu helfen. Man müsse nur achtgeben, daß man ihm nicht zuviel Freiheiten lasse und daß dadurch etwa der Nat.-Soz. in Österreich wieder zunehme. Das Agrément verweigern könne man auf keinen Fall. - An der Sitzung nimmt auch Tauschitz teil, der über das Verhältnis Hitler - Papen aber fast nur Vermutungen äußert.

Agrément für den neuen deutschen Gesandten von Papen.

Tauschitz

Rintelen sei schwer verletzt, und es sei gar nicht daran zu denken, daß er jemals wieder seinen Posten übernehmen könne. Um ihn verhaften zu können, müsse man ihn zunächst seiner Funktionen als österreichischer Gesandter in Rom entheben, danach könne man ihn in Schutzhaft nehmen. - Der Ministerrat nimmt diesen Vorschlag Berger-Waldeneggs an.

Verfahren gegen Rintelen.

Staatssekr. Karwinsky berichtet, daß im allgemeinen der Umsturzversuch niedergeworfen sei. Nur an ganz wenigen Stellen befänden sich bewaffnete Putschisten. Er trage sich mit dem Gedanken, ihnen bei Ablieferung der Waffen Straflosigkeit zuzusichern. Dieser Vorschlag wird aber abgelehnt. Ein Ministerkomitee wird gebildet, das das Verhalten einiger Verbände während des Putsches, das in manchen Fällen unklar ist, untersuchen soll.

Niederwerfung des Umsturzversuchs.

Nr. 959 -- 30. Juli 1934. - Vorsitz: BK Dr. Schuschnigg.

Staatssekretär K a r w i n s k y vertritt den Antrag, ein Gesetz zu verabschieden, nach dem die anlässlich des Putsches vom 25. Juli als direkte Teilnehmer Gefangenen in den Anhaltelagern untergebracht bleiben und dort oder auch an anderen Stellen Zwangsarbeiten zu verrichten haben. Fey und Starhemberg beteiligen sich an der Aussprache gar nicht, die sich im übrigen fast ausschließlich mit formellen Fragen beschäftigt. Nur Neustädter-Stürmer macht einen verschärfenden Vorschlag: die Familien der Gefangenen seien genau so schuldig wie die Gefangenen selbst. Sie müssten also auch bestraft werden. "Man solle wohl den Angehörigen Mittel zum Leben belassen, diese dürften jedoch das für den notwendigen Unterhalt Erforderliche nicht übersteigen." Da das gesamte Vermögen beschlagnahmt wird, bleibt ihnen tatsächlich nur das Allernotwendigste. Das Verfassungsgesetz wird dann mit den Zusätzen nach Neustädters Vorschlag verabschiedet.

Maßnahmen gegen die Putschisten vom 25. Juli 34.

Karwinsky

Neustädter-Stürmer

Schuschnigg macht den Vorschlag, das Gehalt der am Umsturzversuch beteiligten öffentlichen Angestellten zu sperren. "Nach einer kurzen Wechselrede, an der sich St.Skr. Karwinsky und B.M. Neustädter-Stürmer beteiligen, wird der Bericht zustimmend zur Kenntnis genommen." Das Erforderliche wird von Karwinsky veranlaßt werden.

Maßnahmen gegen die öffentlichen Angestellten.

Nach Berichten des Staats-Sekr. Zehner und des Staats-Sekr. Karwinsky sind die letzten Putschversuche in den Grenzländern zusammengebrochen. Das Heer und die Polizei und Gendarmerie habe sich überall ausgezeichnet geführt. Diesen Organisationen wird durch das Ministerkollegium der Dank ausgesprochen. - Neue ernsthafte Umsturzversuche seien wohl nicht zu befürchten. Immerhin soll die Beschaffung von Reizgas und Gasmasken für das Heer und die Polizeiformationen ernstlich zu erwägen. Schuschnigg macht diesen Vorschlag, alle Minister stimmen zu.

Niederwerfung des Umsturzversuches.

47

Nr. 961 - 7. August 1934. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Von vornherein ist sich der Ministerrat einig, daß eine Agrément für
Verzögerung des Agréments oder gar die Nichterteilung von Papen.
kaum möglich sein werde. Man sucht trotzdem Wege zu
finden, um von Papen das Agrément nicht zu erteilen.
Schuschnigg bringt einige Äußerungen aus Papens Reden
zur Sprache, die sich in feindlichem Tone mit österrei-
chischen Verhältnissen und der österreichischen Regie-
rung befassen. Nach langer Aussprache, in der sich be-
sonders Fey und Starhemberg gegen die Person Papens
wenden, nimmt^{mach} aber schließlich doch den Antrag, das
Agrément zu erteilen an.

Starhemberg berichtet über Ergebnisse der Besprechung der Sicherheitsdirektoren am Tage vorher. Allgemein
sei die Lage wieder ruhig. Immerhin erwarten alle Si-
cherheitsdirektoren für die allernächste Zeit neue Um-
sturzversuche der Nat.-Soz. Starhemberg schlägt deshalb
vor, die Ausrüstung des Heeres und d-es Schutzkorps
möglichst zu vervollkommen. - Durch die Entlassung der
Schutzkorpsangehörigen entstehe wiederum die Frage ih-
rer ferneren Versorgung. Er glaubt nicht, daß Arbeits-
plätze in genügender Anzahl vorhanden sind, um alle
Entlassenen unterzubringen. - Die wirtschaftlichen Schwie-
rigkeiten und die Tatsache, daß Österreich im Augenblick
der Gefahr doch vom Ausland im Stich gelassen worden
ist, bedrücke nicht nur die Regierung, sondern auch die
Bevölkerung. - Schuschnigg schließt die Besprechung mit
dem Hinweis, daß trotz allem das Wichtigste die Auf-
rechterhaltung des von der Regierung eingeschlagenen
Kurses sei. Wenn sich die Lage nicht grundlegend ändere,
werde Österreich gezwungen sein, die österreichische Frage
als internationales Problem aufzurollen. Für die Sicher-
heit im Innern und das Zutrauen der Bevölkerung zur Re-
gierung halte er den Ausbau der VF zu einer festen Or-
ganisation für die wichtigste Maßnahme. Dagegen komme
die Aufstellung einer internationalen Polizei für Öster-
reich nicht in Frage.

Sicherheits-
maßnahmen.

Nr. 967 - 24. Dept. 1934. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Es entspinnt sich, obwohl der Ministerrat mit der Verabschiedung eines Gesetzes über die Anhaltelager geschlossen zustimmt, eine Debatte über die Dauer der Anhaltung. Es wird von verschiedenen Ministern und besonders vom Bundeskanzler darauf hingewiesen, daß die Anhaltung nicht als Strafe, sondern als administrative Maßnahme zu betrachten sei. Die Dauer der Anhaltung richte sich danach, wie sich die politischen Verhältnisse entwickelten, könne also nicht vorausbestimmt werden. Es wird den Angehaltenen das Recht zuerkannt, sich nach 3 Monaten um Entlassung zu bewerben.

Anhaltung sicherheitsgefährlicher Personen.

Nr. 968 - 28. Sept. 1934. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Die Polizei, Gendarmerie und das Schutzkorps sollen mit Motorrädern ausgerüstet werden. Man will "Puch"-Maschinen anschaffen, die sich beim Heer bewährt haben. Die Anschaffung von BMW-Maschinen sei ausdrücklich nicht genehmigt worden; besonders habe sich Starhemberg dagegen gewandt. - Der einzige Minister, der sich nicht sofort mit der Anschaffung bereit erklärt, ist der Finanzminister Buresch. Er legt in langen Ausführungen dar, daß die Kosten für die Anhaltung von etwa 13000 Personen, weiterhin die Kosten für nunmehr 14000 Mann des Schutzkorps schon erhebliche Belastungen für den Haushalt seien. Wenn nun auch noch Ausrüstungen zu bezahlen seien, so wisse er fast keinen Rat mehr, besonders da er angewiesen sei, kleine Unternehmen zu berücksichtigen, die keine Kredite gewähren könnten. - Trotzdem wird der Antrag angenommen.

Ergänzung der Ausrüstung von Polizei, Gendarmerie u. Schutzkorps.

Finanzlage

Wieder wird der Finanzminister vor ein Problem gestellt: Mehrausgaben für die von ihm beantragte Herabsetzung der Stärke des Schutzkorps wird nicht beachtet. Es sei nach Meinung der Staatssekretäre für das Sicherheitswesen nicht mög-

das Schutzkorps.

lich, ohne ein Schutzkorps von mindestens 1000 Mann auszukommen. Von Schuschnigg werden sie unterstützt. Man müsse neben der dauernden nat.-soz. Gefahr auch noch mit Übergräffen von jugoslawischer Seite rechnen, wenn auch von Jugoslawien in Genf eine zufriedenstellende Erklärung abgegeben worden sei. - Darüberhinaus wird von Schuschnigg auch nochmals die Ausrüstung der Polizei mit Gas und Gasmasken gefordert.

Nr. 974 - 6., 7. u. 10. Nov. 1934. - Vors.: BK Schuschnigg.

Die Ausgaben für alle Ministerien, insbesondere die für das Sicherheitsministerium haben sich erhöht, die Einnahmen dagegen können nur durch Anleihen aufgebracht werden. Es werden umfangreiche und schwierige Manipulationen nötig, um den Haushalt einigermaßen auszugleichen. Der Präsident der Nationalbank, Dr. Kienböck, ist zur Beratung zugezogen.

Bundesvoranschlag 1935.

Centered

Nr. 985 - 1. März 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Der Außenminister Berger-Waldenegg und Bundeskanzler Schuschnigg berichten über die Eindrücke auf ihrer Reise. Man habe feststellen können, daß in Frankreich und England solange "interessant" bleibe, als die Regierung mit den inneren wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten fertig werde. In den Wirtschaftskreisen Englands bestehe eine Sphäre ausgesprochenen Vertrauens für Österreich. In Frankreich und England sei man gefragt worden, ob der Regierungskurs beibehalten werden wird. Man habe geantwortet, daß das beabsichtigt sei. Mit den Schwierigkeiten im Lande selbst werde man bestimmt fertig werden. An Experimente denke man nicht. Zusicherungen für den Fall der Einmischung anderer Länder in innerösterreichische Verhältnisse habe man in Frankreich und England bekommen.

Besuch in Paris und London

Nr. 988 - 22. März 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Ausgangspunkt der Aussprache bildet die Erklärung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland. Man ist einstimmig der Meinung, daß Auswirkungen auf innere Verhältnisse Österreichs nicht ausbleiben werden; die Nat.-Soz. werden wieder neuen Mut fassen, besonders da das gesamte Ausland die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland ohne scharfen Protest hingenommen habe. Die Gefahr eines Einmarsches deutscher Truppen nach Österreich könne man wohl nie bannen, auch dann nicht, wenn in Österreich die deutsche Maßnahme nachgeahmt würde. Immerhin sollen Vorschläge über die eventuelle Einführung der Dienstpflicht ausgearbeitet werden. - Versuche, durch Verhandlungen mit dem Deutschen Reich in ein besseres Verhältnis zu kommen, seien in letzter Zeit nicht unternommen worden, weil das mögliche Scheitern dieser Versuche sicher wieder wie unter Dollfuß als Schwäche der Regierung ausgelegt werden würde.

Außenpolitische Lage

Nr. 990 - 29. März 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Der Abbau des Schutzkorps auf eine Stärke von 10000 Mann ist im Haushaltsplan vorgesehen. Die Zahl soll am 1. April erreicht sein. Nun sieht man sich vor die Frage gestellt, wie die Entlassenen unterzubringen sind. In der Wirtschaft wird es nicht möglich sein; es dürften kaum soviel Arbeitsplätze frei sein. Große Aufträge verschiedener Ministerien seien zwar vorgesehen, aber ob deswegen neue Arbeiter eingestellt werden müssen, sei fraglich. Trotz langer Aussprache findet man nur den Ausweg, die Entlassenen im Bundesheer unterzubringen. Obwohl sich viele schon früher aus finanziellen Gründen damit nicht einverstanden erklärt haben, will man ihnen diese Möglichkeit nochmals vorschlagen. - Die Einwände des Finanzministers werden kaum beachtet, auf jeden Fall nicht berücksichtigt.

Abbau des Freiwilligen Schutzkorps.

Nr. 991 - 3. April 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Nach Mitteilungen des Staatssekr. für Landesverteidigung, Z e h n e r , beträgt der Personalstand des Heeres 33000 Mann. Er müsse unbedingt erhöht werden. 1934 habe es sich gezeigt, daß mit dieser Zahl nicht einmal im Innern auszukommen sei. Um an den Grnzen nach außen hing genügend Schutz zu haben, sei eine Erhöhung des Heeres auf etwa 75000 Mann notwendig. Österreich müsse seine Gleichberechtigung in allen Wehr- und Rüstungsfragen wiedererlangen. Die Beschaffung der nötigen Ausrüstung und Munition - zur Zeit habe das Heer nur etwa 20000 Schuß Infanteriemunition - sei natürlich in erster Linie eine Geldfrage. Als vorläufige wesentlich billigere Lösung sei nur zu erkennen, das Schutzkorps doch nicht abzubauen. Damit hätte man auch verlässliche Leute zur Verfügung, was natürlich bei Einführung der allgemeinen Wehrpflicht nicht der Fall sein könne. - In der Aussprache bemerkt Schuschnigg, daß zunächst über die Einführung der allgemeinen Wehr- oder Dienstpflicht keine Beschlüsse gefaßt werden sollten. Immerhin sei es zweckmäßig, sich schon jetzt zu informieren. Er und einige Minister sind dafür, für verlässliche Elemente die Wehrpflicht und für unverlässliche den Arbeitsdienst einzuführen, bei dem besonders strenge Strafmaßnahmen vorgesehen werden müssen. Vorher müsse aber die Frage der Finanzpolitik geklärt werden. Wenn man bisher auf Anraten der Finanzsachverständigen, besonders des Präsidenten der Nationalbank, Dr. Kienböck, eine solide Finanzpolitik betrieben habe und kaum etwas für Arbeitsbeschaffung habe tun dürfen, so müsse man unbedingt zu Experimenten, auch zu gefährlichen, übergehen, wenn man die Einführung der Wehrpflicht nicht auch nur auf dem Papier stehen haben wolle. Die Gedanken Schuschniggs führt Neustädter-Stürmer weiter aus. Finanzminister Buresch erklärt, zu deflationistischen Maßnahmen werde er sich keinesfalls entschließen. Und 100 Mill. Schilling, die bei Einführung der Wehrpflicht jährlich mehr aufgewendet werden müßten, seien aus der Wirtschaft nicht herauszuholen. Es kämen höchstens inflationistische Me-

Ausbau der Wehrkraft

thoden in Betracht. Deren Gefahr sei aber bekannt. Die Mitteilungen des Finanzministers werden aber nur zur Kenntnis genommen. Es wird ein Ministerkomitee gebildet, das die Vorbedingungen für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht schaffen soll. Den Finanzminister in dieses Komitee einzureihen, hält Schuschnigg nicht für zweckmäßig, da ~~hierdurch~~ "hiedurch die Beratungen nur erschwert würden, da jeder Finanzminister seine Zustimmung verweigern würde. - Damit ist die Aussprache beendet. - Kurz wird noch auf die Notwendigkeit eingegangen, das Schutzkorps nicht nur nicht ~~abzubauen~~ abzubauen, sondern sogar zu vergrößern. Auch hierbei hat natürlich der Finanzminister Bedenken.

Geltung des Finanzministers.

Nr. 995 - 2. Mai 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Schuschnigg berichtet, daß die nat.-soz. Propaganda und auch nat.-soz. Anschläge ^{Centred} sich in letzter Zeit wieder vermehrt hätten. Das schlimmste sei aber, daß die Rädelsführer in ganz wenigen Fällen festgenommen werden konnten. Er führt diese Tatsache auf nat.-soz. Durchdringung der Polizei zurück. Es sei "unerhört", daß in letzter Zeit kein einziger Nat.-Soz., sondern nur Sozialdemokraten und Kommunisten als Täter festgestellt worden seien. Nach Meinung des Sicherheitsministeriums ist die einzige Möglichkeit, durch die Polizei und Gendarmerie mehr zu erreichen, die Erhöhung ~~der~~ der Zahl der Beamten. Der Finanzminister muß dagegen natürlich protestieren.

Sicherheitsverhältnisse.

Nr. 997 - 24. Mai 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Ein aufgefangener Brief aus Deutschland beweist aufs neue, daß von Deutschland aus versucht wird, die vaterländische Bewegung in Österreich zu stören. Man findet aber keinen ~~aus~~ Weg, den die Regierung zur Unterbindung dieser Einmischung gehen könnte.

Nationalsozialistische Umtriebe

Nr. 999 - 7. Juni 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Die Umtriebe und Veranstaltungen der Nat.-Soz haben sich offensichtlich vermehrt. Alle möglichen "unpolitischen" Versammlungen und Festlichkeiten fänden statt, zu denen in vielen Fällen die deutsche Gesandtschaft einlade. Die Kontrolle dieser Veranstaltungen werde offenbar nicht exakt durchgeführt. Dem Staatssekr. für das Sicherheitswesen werden von verschiedenen Seiten deswegen Virwürfe gemacht. Er verspricht, dafür zu sorgen, daß diese Mißstände beseitigt werden. Er bittet, überall dem Tadel nicht zu vergessen, daß die Polizei und Gendarmerie auf der anderen Seite erhebliche Erfolge erzielt habe. - Nach und nach gleitet die Aussprache ab und behandelt nur noch die Frage der Zuverlässigkeit des Obersten Lichem, des Landesgendarmeriekommandanten von Niederösterreich. Seine Rolle am 25. Juli 1934 soll nicht ganz klar sein. Nach Mitteilung des Sicherheitsministeriums sei der Vorfall - es handelt sich wohl um ein fingiertes Telefongespräch - nach allen Richtungen untersucht worden und die Unschuld des Oberst Lichem einwandfrei festgestellt.

Politische Lage

Nr. 1001 - 22. Juni 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Schuschnigg schlägt dem Ministerrat die Bildung eines Komitees, vor, das die Vorarbeiten für die Beschlüsse erledigen solle, nach denen das Gesetz über die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen aufgehoben werden soll. Stockinger gibt zu bedenken, daß es zur Zeit nicht möglich sei, die Bevölkerung entsprechend aufzuklären, da Versammlungsverbot bestehe. Darauf entgegnet Schuschnigg, "daß es wohl zweckmäßig sei, wenn über die gegenständliche Angelegenheit in Versammlungen nicht zuviel debattiert werden könne". - Sein Antrag wird angenommen.

Vermögen des Hauses Habsburg

Nr. 1003 - 3. Juli 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Die Formalitäten zur Verabschiedung des Gesetzes sind erledigt und werden nun dem Ministerrat vorgetragen. Gründe für den Erlass des Gesetzes werden nirgends genannt. Interessant ist, daß trotz der schwersten finanziellen Lage des Staates dem Haus Habsburg eine Sonderzuwendung von 20000 Schilling monatlich zugestanden wird. Davon soll die Bevölkerung nichts erfahren. Auf eine Anfrage Stockingers wegen der Höhe dieser Zuwendung antwortet Schuschnigg, im Verhältnis zu dem, was man dem Kaiserhaus entzogen habe, sei diese Summe bestimmt nicht zu hoch. . Gegen den Erlass des Gesetzes wendet sich kein Minister, und der Antrag wird einstimmig angenommen.

Aufhebung der Landesverweisung und Rückgabe des Vermögens des Hauses Habsburg

Nr. 1007 - 28. Aug. 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Centered

In Bezug auf die abessinische Frage berichtet Berger-Waldenegg, daß ein Krieg kaum vermeidlich sei, daß aber wohl zu hoffen sei, daß er auf Afrika lokalisiert bleiben werde.

Außenpolitische Lage.

Abessinien

In Deutschland gebe es in allen Schichten der Bevölkerung Unzufriedene. Man könne damit rechnen, daß diese sich nach einem Jahre organisiert hätten und dann gegen die Hitler-Regierung revoltieren würden. - Die Rüstungen haben ein solches Maß erreicht, daß man unbedingt auch in Österreich viel für die Aufrüstung tun müsse. Mit Ungarn sei man bezüglich des Donaupaktes und auch in anderen Beziehungen einig. Man könne nur nicht mit Ungarn darin übereinstimmen, die Tschechoslowakei als "toten Mann" zu bezeichnen.

Deutschland

Ungarn

In der Aussprache wird nach einer Möglichkeit gesucht, wie man die Ausfuhr von Holz nach Deutschland unterbinden kann, wenigstens in der bisherigen Höhe. Deutschland bezahle prompt; deswegen lieferten auch die Händler gern. Zur Zeit wird kein Weg gefunden; man müsse auf eine Situation warten, in der man außenpolitische Momente anwenden könne.

Deutschland

Die Aufstellung des Haushaltes für 1936 bereitet wieder erhebliche Schwierigkeiten. Verhandlungen mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes müssen geführt werden.

Bundesvoranschlag 1936

Buresch wird nach Genf fahren. - Folgende Punkte werden aufgestellt, mit denen die Schwierigkeiten des Haushaltsplanes überwunden werden sollen:

1. Basierung des Ausgabenetats auf dem Budget des Jahres 1935;
2. Aufstellung eines außerordentlichen Budgets;
3. Verlängerung der Wirksamkeit der Gesetze über finanzielle Maßnahmen;
4. Abstandnahme von der Einführung neuer Steuern;
5. Abstattung des ausländischen Zinsendienstes in Waren;
6. Senkung des Darlehenszinsfußes;
7. Versuch einer Kürzung der Arbeitszeit im Sinn einer nicht obligatorischen 40-Stunden-Woche.

In der langen Aussprache laufen beim Finanzminister von allen Ministerien Beschwerden wegen der Etatabstriche ein. Der Finanzminister weist aber auch diesmal darauf hin, daß trotz der Konsolidierung der Lage in Österreich keine Finanzexperimente gemacht werden dürfen.

Nr. 1009 - 25. Sept. 1935. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Anweisungen allgemeiner Art für den Heimatdienst und seine Propaganda: betont österreichische Filme aufführen, Verwertung des Rundfunks für Propagandazwecke u.ä.

Heimatdienst

Nr. 1023 - 21. Febr. 1936. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Vom Bundeskommissar für Personalangelegenheiten, wird Beschwerde geführt, daß das Verfahren der Disziplinarkammer gegen Beamte nicht vaterlandstrauer Gesinnung nicht funktioniere. Ernennt verschiedene Fälle, in denen freisprechende Urteile gefällt worden seien, wo vom Bundeskanzler, vom Ministerrat und der ganzen

außerordentliche Personalmaßnahmen.

Bevölkerung strenge Bestrafungen erwartet worden seien. Er schlage deshalb vor, alle solche Fälle vom Bundeskanzler direkt entscheiden zu lassen. Es gehe nicht an, daß Beamte ungestraft den Hitlergruß anwenden, daß sie für die deutsche Winterhilfe Geld spenden usw. - In der Aussprache stellt sich heraus, daß das gesamte System des Disziplinargerichtshofes nicht richtig funktioniere und vom Ministerrat ein neues aufgestellt werden müßte. Der Antrag wird deshalb zurückgezogen, bis diese Beratungen abgeschlossen seien.

Nr. 1024 - 6. März 1936. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Es soll ein Gesetz verabschiedet werden, nach dem jeder seine Kenntnisse von Betätigung im Sinne verbotener politischer Parteien den Sicherheitsbehörden zu melden hat. Die Unterlassung dieser Meldung soll bestraft werden. Ebenso sollen auch falsche Meldungen bestraft werden. - In der Aussprache überwiegen die Stimmen, die durch die Verkündung dieses Gesetzes ein Anwachsen des Denunziantentums befürchten. Es würden dann viele Meldungen eingehen, deren Überprüfung viel zu viel Arbeit und Kosten verursachen würde. Da die Sicherheitsbehörden schon jetzt unter Personalmangel leiden, sei ein solches Gesetz im Augenblick nicht erwünscht, ganz abgesehen davon, daß die Wirkung, die man sich für den Kampf gegen die verbotene Parteibetätigung verspreche, nicht eintreten wird. - Das Gesetz wird zurückgestellt.

Gesetz zur Unterbindung verbotswidriger Parteibetätigung.

Nr. 1035 - 11. Juli 1936. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Schuschnigg berichtet über das Abkommen. Er ist der Meinung, daß Österreich durch das Abkommen eine Reihe Vorteile buchen könne, besonders wirtschaftliche. Das

Abkommen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich

deutsche Reich habe das Abkommen nicht "aus Liebe" geschlossen, es hätte vielmehr eingesehen, daß das Verhältnis zu Österreich eine Normalisierung verlangt habe. Er habe das Eintreten einer derartigen Situation immer vorausgesagt. - Das Kabinett werde nach dem Abkommen um einen Vertreter der nationalen Richtung, Glaise-Horstenau, erweitert. - Die Amnestie werde natürlich großzügig gehandhabt werden; es komme nicht in Frage, daß Leute wie Rintelen oder Steinhäusl freigelassen würden. - Im Ganzen sei das Abkommen durchaus als Erfolg der österreichischen Regierungspolitik anzusehen.

Nr. 1036 - 24. Juli 1936. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Wie in den letzten Jahren ist es schwierig, den Haushalt auszugleichen. Um Mehreinnahmen zu erzielen und die Abstriche der einzelnen ~~Etats~~ nicht zu groß werden zu lassen, wird in langer Aussprache die Verschlechterung der Zigarettenqualität beschlossen. Eine offizielle Mitteilung davon soll der Bevölkerung nicht gemacht werden.

Bundesvoranschlag 1937.

Nr. 1037 - 27. Aug. - 2. Sept. 1936. - Vors.: BK Schuschnigg.

Nochmals finden 5 Sitzungen statt, in denen der Bundesvoranschlag besprochen wird. Man müsse nach dem Beispiel Deutschlands alles tun, um die Arbeitsleistung zu erhöhen; das ist allgemein die Meinung. Es fehlt aber sogar an den nötigen Geldern, um die Arbeitsbeschaffung in dem Maße wie 1936 durchzuführen. Wenn von irgendeinem Minister zum Vergleich einmal Zahlen des deutschen Haushaltsplanes und der Ausgaben für bestimmte Posten in Deutschland genannt werden, ist man einerseits erstaunt, andererseits denkt man in jedem Falle an die Gefahr, die Österreich von Deutschland droht. Die Aussprache geht über lange Strecken um Kleinigkeiten.

Bundesvoranschlag 1937.

Nr. 1040 - 7., 8. u. 10. Okt. 1936. - Vors.: BK Schuschnigg.

Einziges Thema der Sitzung bildet der Streit innerhalb des Heimatschutzes. An sich gingen diese persönlichen Auseinandersetzungen, so sagt Schuschnigg, weder den Bundeskanzler noch die Regierung etwas an. In einer Rede habe der Heimatschutzführer, Starhemberg, die Regierung angegriffen und bei seinen Zuhörern erreicht, daß Pfui-Rufe auf den Bundeskanzler laut wurden. Starhemberg habe außerdem Andeutungen gemacht, daß Feys Rolle am 25. Juli 1934 immer noch nicht geklärt sei. Beide Äußerungen seien angetan, die frühere und die jetzige Regierung zu diskreditieren. Er sehe sich infolgedessen doch gezwungen, auf die Rede Starhembergs und seinen Streit mit Fey zu reagieren.

Innenpolitische Lage.

Starhemberg

Fey

Er beantragt demnach als Ergänzung zu dem Gesetze über die VF, die Bestimmung, daß es neben der Frontmiliz keine freiwilligen Wehrverbände mehr geben solle und solche Vereine aufgelöst werden könnten.

Nr. 1051 - 26. Febr. 1937. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Staatssekr. Schmidt berichtet über die Besprechungen mit Neurath, bei denen, so bemerkt er gleich zu Anfang, nichts weiter besprochen worden sei, als was in der Presse veröffentlicht worden sei. Sensationelle Neuigkeiten seien nicht zur Sprache gekommen. In erster Linie seien Fragen des Kulturaustausches behandelt worden. Den zweiten Punkt haben die beiderseitigen Amnestien gebildet: Österreich werde selbstverständlich die Auswahl der zurückkehrenden "Elemente" vorsichtig betreiben. Einzelne außenpolitische Fragen seien gestreift worden: Anerkennung Nationalspaniens, Verhältnis Deutschland-Tschecho-Slowakei. Das innerösterreichische legitimistische Problem sei auch nur gestreift worden. - Außenminister von Neurath habe dem österreichischen Standpunkt in allen Fragen Verständnis entgegengebracht.

Besuch des Außenministers von Neurath in Wien.

Nr. 1055 - 25. Mai 1937. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Staatssekr. Schmidt berichtet über seine Eindrücke in London, Paris und Bern. Er habe erfreulicherweise feststellen können, daß die maßgebenden Stellen in allen drei Staaten sowohl mit Österreichs Innenpolitik einverstanden seien als auch das nunmehr freundschaftliche Verhältnis zu Deutschland verstehen. Die Linie, die der Bundeskanzler stets verfolgt habe, sei ganz entschieden die richtige. Die Aufnahme in allen drei Ländern sei herzlich gewesen, und man könne daran denken, die Botschafter mit der Erledigung der schwebenden Fragen mit jedem einzelnen der Länder jetzt zu betrauen. Der Zeitpunkt sei nie so günstig gewesen.

Besprechungen
in London, Pa-
ris und Bern.

Schuschnigg dankt dem Staatssekretär und macht seinerseits noch einige Ausführungen über das Verhältnis zu Deutschland. Man dürfe sich nicht täuschen, daß das Verhältnis immer schlechter geworden sei. Sicher sei daran der wirtschaftliche ^{Centered} Aufstieg Österreichs schuld. Das Deutsche Reich könne ein wirtschaftlich erstarktes Österreich nicht gern sehen. Alle inneren Unruhen in Österreich seien durch Deutschland und mit deutschem Geld inszeniert. Deutschland trage also allein die Schuld an dem schlechten gegenseitigen Verständnis. Denn man könne nicht verlangen, daß Österreich sich Einmischungen in seine inneren Angelegenheiten gefallen lasse. Es werde vielmehr auch weiterhin versuchen, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen; aber zu einem "herzlichen" Verhältnis zu Deutschland wird es wohl nie kommen. -
"Im übrigen sei zwischen den Regierungsmethoden in Moskau und Berlin heute fast kein Unterschied mehr."

Schuschnigg

Nr. 1056 - 4. Juni 1937. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

(Beilage)

Das neue Verfassungsgesetz stellt in gewissem Sinne eine Zusammenfassung aller bisher in dieser Beziehung erlassenen Verordnungen und Gesetze dar. In Anbetracht

Gesetz zum
Schutze d. öff.
Sicherheit.

der wahrnehmbaren Normalisierung der Verhältnisse konnten verschiedene Ausnahmebestimmungen fallen gelassen werden. Immerhin waren andere derartige Bestimmungen noch nicht zu streichen bzw. nur abzuschwächen, z.B. das Gesetz über die Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe an den Hochschulen.

Nr. 1066 - 22. Dez. 1937. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Die Ausfolgung von Vermögensschaften an das Haus Habsburg ist bereits beschlossen. Die Durchführung des Beschlusses ist nunmehr Sache der einzelnen Ressorts. - Schuschnigg bringt nur noch den Fall zur Sprache, daß eventuell die Eintragung des Namens "Otto von Habsburg" ins Grundbuch Schwierigkeiten bereiten könnte. Seiner Ansicht nach können diese Schwierigkeiten durch die Eintragung eines Strohmannes ohne weiteres überwunden werden. Von Staatssekr. Zehner wird aber weiterhin aufmerksam gemacht, daß der Chef des Hauses Habsburg-Lothringen belgischer Staatsbürger sei und infolgedessen zur Führung einer Adelsbezeichnung berechtigt sei.

Ausfolgung von Vermögensschaften an das Haus Habsburg-Lothr.

Schuschnigg

Nr. 1068 - 16. Febr. 1938. - Vorsitz: BK Schuschnigg.

Schuschnigg begrüßt zunächst die zum ersten Mal als Minister ~~Seyß-Inquart~~ anwesenden Seyß-Inquart und Zernatto. In der kurzen Aussprache handelt es sich um den Wortlaut des österreichischen Communiqués über die Amnestie. Der Meinung einzelner Minister, daß darin auch von den Leistungen Deutschlands die Rede sein müsse, tritt neben Seyß-Inquart und Skubl auch Schuschnigg entgegen.

Amnestie

Centered

Centered

57